

# BSZ

## Bochumer Studenten Zeitung

universität bochum und klinikum essen

### AStA zum: Hochschulrahmengesetz

#### 2. Teil: Studentische Interessenvertretung

Die Asten und Fachschaften als zentrale und relativ unabhängige Interessensvertretungen der Studenten bilden für Kapital und Staat einen großen Unsicherheitsfaktor, wenn es darum geht, demnächst die aggressiven Veränderungen der Studien- und Prüfungsbedingungen reibungslos und ohne erheblichen Widerstand durchzuführen. Bislang war der Kampf der Studenten wesentlich durch den Kampf um Öffentlichkeit der Gremien, um paritätische Satzungen und Verfassungen bestimmt. Doch was jetzt bevorsteht, ist, daß die Studenten unmittelbar zu spüren bekommen, was die verschiedenen Hochschulgesetze erst einmal legalisiert haben: nämlich die einschneidenden Veränderungen in Hinsicht auf totalen Numerus clausus, Kurzstudium, staatlich verordnete Stundenpläne zum Studium, Überwachung des Studiums, Prüfungsverstärkungen, Einführung des Studienjahres, usw. Das bedeutet, daß eine massive Unruhe unter den Studenten zu erwarten steht.

Deshalb gilt es für Staat und Kapital, die zentralen Interessensvertretungen der Studenten aufzulösen. Das geht einmal durch den harten Weg, d. h. die direkte Zerschlagung, wie wir sie in Darmstadt und Heidelberg erlebt haben. Ein zweiter ist der der friedlichen Integration und Auflösung. Das beste Beispiel ist dafür Berlin. Der AStA ist aufgelöst. Die Studentenschaft ist atomisiert in Grüppchen und Einzelkämpfern, die sich auf die vielen Uni- und Abteilungsgremien verteilen. Ein realer studentischer Interessenskampf existiert nicht mehr. Gremienangel und Rote-Zellen-Wühlerei ist übriggeblieben.

#### TERMIN

Die Bewohner der Akafö-Wohnungen in der Hustadt sollen ohne Einhaltung der Kündigungsfristen durch die Universität umquartiert werden an die Overbergstraße. Um den Wohnraum in der Hustadt zu erhalten, findet am **MONTAG, 23. 11., 18 Uhr, MENSA, eine VERSAMMLUNG** der betroffenen **HU-STADTSTUDENTEN** statt.

Und dieser Weg wird in dem Hochschulgesetz NRW und bundeseinheitlich im Hochschulrahmengesetz eingeschlagen. Die Studenten sollen mitwirken bei der Hochschulselbstverwaltung, und nur das und sonst nichts. „Für die Mitwirkung notwendige Einrichtungen oder Mittel stellt die Hochschule zur Verfügung“ (§ 24, HSchG NRW). Das bedeutet die Auflösung der verfaßten Studentenschaft, die zwar im Gesetz noch offengelassen wird, wenn jedoch einmal die Studenten in die Mitwirkungsgremien integriert sind, aufgelöst in einzelnen Mitwirkungsagenten, dann ist es ein Leichtes, die verfaßte Studentenschaft aufzuheben, da dann kein ernsthafter Widerstand mehr zu erwarten ist. Das bedeutet: Der Kampf der Studenten für ihre Interessen gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates ist tot. Und darauf spekulieren die Herren im KuMi und Bundeswissenschaftsministerium. So schrieb der Ministerpräsident im Erlaß zur RUB-Verfassung, daß „die Universität sich nun entscheiden muß, ob sie an der bisherigen Studentenschaft mit Beitragsrecht festhalten will“, oder ob sie schon im Vorgriff auf die Regelung des § 24 HSchG (der Integrationsparagraf) eine Studentenschaft ohne Beitragsrecht wünscht, d. h. eine Studentenschaft ohne Apparat, zerstückelt in einige Gremienhocker, festgebunden an die Hochschulbürokratie. — Das, was in fast allen Landes-Hochschulgesetzen festgelegt ist, soll durch das Hochschulrahmengesetz bundesweit durchgebracht werden.

§ 13: „Die Mitwirkung an der Selbstverwaltung ist Recht und Pflicht aller ihrer Mitglieder.“ Die Hochschule stellt die Mittel dazu zur Verfügung. Damit diese Zwangsintegration auch voll zum Tragen kommt, gibt es den Absatz: „Wenn an der Wahl zu einem Kollegialorgan weniger als 50 Prozent der wahlberechtigten Angehörigen einer Mitgliedergruppe teilgenommen haben, so verringert sich die Zahl der dieser Mitgliedergruppe zustehenden Sitze. Das Nähere ist durch Gesetz zu regeln.“ Im NRW-HSchG steht, daß sich dann die Zahl der Sitze für diese Gruppe um die Hälfte vermindert. Erst die staatliche Verpflichtung auf Mitwirkungsagenten, dann dieser 50-Prozent-Zwang, so atomisiert und integriert man die Studentenschaft.

Die Rechtsstellung und die Finanzierung werden nach dem zweiten Referententwurf vom 2. Okt. „durch das Gesetz geregelt“. D. h. hier hält man sich die Möglichkeit offen, durch ein Bundesgesetz ein für allemal die verfaßte Studentenschaft aufzulösen.

Was die Mitwirkung angeht, so wird festgestellt, daß die Studenten in Berufs- und Forschungsangelegenheiten nichts zu sagen haben. Denn so sagt der „Bund Freiheit der Wissenschaft“: „Grundvoraussetzung der Freiheit der Wissenschaft ist, daß ausschließlich wissenschaftlicher darüber entscheiden, wer als Wissenschaftler anerkannt wird.“ Bei näherer Betrachtung erweist sich dieses Hochschulrahmengesetz als der eigentlich „praktische“ Gründungsauftrag des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“, während der in den Zeitungen veröffentlichte der ideologische Gründungsauftrag ist.

Die Gefahr der Auflösung der verfaßten Studentenschaft ist keine Gefahr am fernen Horizont. Wie nahe diese Auflösung steht, zeigt Bayern, wo sie wahrscheinlich nach den Wahlen dieses Monats in Angriff genommen wird. Hamburg rechnet für Januar nächsten Jahres damit.

Um den Kampf für unsere Interessen zu stärken, um unsere Organe zu stärken, müssen wir uns selbst organisieren. Deshalb hat der AStA begonnen, Projektbereiche aufzubauen, in denen aktive Studenten aus Fachschaften, Basisgruppen und Roten Zellen sich mit den zentralen Punkten des staatlichen Angriffes auf unsere Ausbildung beschäftigen, zusammen mit dem AStA einheitliche Kampfmaßnahmen beschließen und für sie einheitlich in den verschiedenen Abteilungen agieren. Wir werden unsere Institutionen den Angriffen der Unternehmer nicht kampflos preisgeben. Wir müssen das Hochschulrahmengesetz bekämpfen.

DARÜBER DISKUTIEREN WIR AM DONNERSTAG, DEM 19. 11., UM 14 UHR AUF DEM ASTA-TEACH-IN.

Weg mit dem Hochschulrahmengesetz! Weg mit dieser Reaktion auf der ganzen Linie!

# Die Reaktion formiert sich!

## Heute, 14 Uhr, HIA, Teach-in zur Gründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“

Gründungskongreß des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ am 18. November in Bad Godesberg

Um „die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, was an den Universitäten wirklich geschieht und inwiefern es dabei nicht nur um die Freiheit der Wissenschaft, sondern auch um den freiheitlichen Staat geht“, haben sich eine Handvoll Professoren, darunter einige, die sich bislang in der Rolle der „Reformer“ gefielen (so z. B. Rüegg, Lübke) und sogenannte „Vertreter des öffentlichen Lebens“ (Schmidt-Vockenhausen, SPD, Gerhard Schröder, CDU) zusammengetan, um zur Gründung eines „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ aufzurufen. Bevor der Aufruf als Anzeige in fast allen größeren Tageszeitungen erschienen war, hatten sie sich bereits mit dem Präsidium der CDU in einem ersten Gespräch

„Mitte Oktober darüber verständigt, daß der Staat die „Freiheit der Wissenschaft“ gegen „eine Politisierung aus anderen Bereichen der Gesellschaft sowie aus dem Inneren der Universität selbst“ verteidigen müsse.

In diesen Bestrebungen kommt klar zum Ausdruck, daß die Reaktion an der Hochschule zur politisch-ideologischen Offensive rüstet. Nachdem die Herrschenden mit NRW-Hochschulgesetz, Leusinks Hochschulrahmengesetz und den Vorschlägen zu einer weitereits auf anderen Gebieten gezeigten Verschulung des unwissenschaftlichen Lehrstudiums beabsichtigen, wohin ihre „Reformen“ gehen sollen, hat offensichtlich der „Bund Freiheit der Wissenschaft“

die Funktion, die theoretisch-ideologischen Grundlagen der demokratisch-sozialistischen Bewegung an den Hochschulen anzugreifen und mittels Demagogie, Verleumdung und unter Benützung traditioneller Studentenfeindlichkeit diesen Angriff in die arbeitende Bevölkerung zu tragen.

Diese Intentionen lassen sich eindeutig aus dem Gründungsauftrag ableiten. Sie können nur bekämpft werden durch eine verstärkte Propagierung der Ziele der demokratischen Studentenbewegung sowie durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie sie als Auftakt der vds mit einem Gegenkongreß zur Gründung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ für den 18. Dez. plant.

Fortsetzung auf Seite 4

### Letzte Meldung

#### Staatskommissar an die RUB?

Wie wir am Dienstag erfuhren, hat der Wissenschaftsminister des Landes NRW, Rau, es untersagt, daß das Bochumer UP einberufen wird (siehe Artikel „Rektor zurückgepfiffen“ der letzten Ausgabe der BSZ).

Damit hat sich der Streit um die Wahlordnung ausgeweitet. In Mißachtung des Urteils des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen hat Rau mit dieser Weisung die Legitimität der RUB für unbestimmte Zeit ausgeschaltet.

Werden in Zukunft die Geschäfte des UP von einem noch einzusetzenden Staatskommissar geführt (wie es geplant ist)??

Der Kampf gegen diesen Eingriff des Staates wird unsere Antwort sein.

## Zweckentfremdete Wohnheime

Es fing an mit der AStA-Zeltaktion auf dem Husemannplatz, die die Gemüter (sprich: Presse) zwar sehr in Aufregung versetzte, aber erwartungsgemäß noch nicht viel erreichen konnte. Es war eine spontane Aktion; ungeplant, aus der dringenden Notwendigkeit heraus, irgend etwas zu tun, damit der Zimmernot abgeholfen werden konnte; nun, was herausrang waren ein paar leere Häuser, ein paar Buden und die Zustimmung der Bevölkerung. Der AStA hat die Konsequenzen gezogen und in Weiterführung der einmal begonnenen Sache die Aktionsgemeinschaft Wohnkampagne gegründet.

Am 4. 11. konstituierte sich die AG „Wohnkampagne“, die sich zum Ziel gesetzt hat, reale Erfolge bei der Wohnraumbeschaffung für Studenten zu erkämpfen. Man hatte klar erkannt, daß der AStA hierzu nur die Schützenhilfe geben konnte, denn die eigentlich Betroffenen müßten hier in erster Linie mitarbeiten. Da es unmöglich ist, mit bloßen Reformen die gesamtgesellschaftliche Wohnungsnot zu beseitigen, kann es zur Zeit nur Ziel der AG sein, mit Aktionen die besonders krasse Situation auf dem Gebiet der Studentenwohnheime aufzudecken.

Zwei Objekte boten sich hier in Bochum geradezu an: einmal das Schwesternheim des Klinikums (jedem Autofahrer, der die Unistraße hochfährt, ein täglicher Anblick) und zum zweiten die Sammelgebäude an der Overbergstraße, wo das Institut für Leibesübungen untergebracht ist. Beide könnten für 700 Studenten eine Unterkunft sein, wenn sie nicht zweckentfremdet würden:

- das Schwesternheim, das erst in 5 Jahren seiner eigentlichen Bestimmung übergeben wird, ist zur Zeit besetzt von privaten Firmen (Architektenbüros, Elektrofirmen usw.) die zwar an der Universität arbeiten, aber dort auch ihren sonstigen Geschäften nachgehen (224 Zimmer). Weitere 192 Zimmer werden von den Baustätten der Uni bewohnt, die bis 1968 bequem in Baracken wohnen konnten.
- Die Sammelgebäude sollen zwar bis April freigemacht werden, aber listigerweise für diejenigen Studenten, die dann aus der Hustadt hinausfliegen.

Die AG „Wohngemeinschaft“ trat nun mit ganz konkreten Vorstellungen an den zuständigen Mann der Uni heran, nämlich den Kanzler. Am 9. 11. trug man bei einem go-in im Kanzleramt die folgenden Forderungen vor:

1. die privaten Unternehmen müssen sofort aus dem Schwesternheim ausziehen und auf dem „freien“ Wohnungsmarkt untergebracht werden.



Go-in beim Kanzler

2. Die Baustäbe sollten entweder in freie Räume der Uni oder in zu bauenden Baracken untergebracht werden.
3. Die Sammelgebäude müssen innerhalb von 14 Tagen bezugsfertig gemacht werden und die Räume des Instituts für Leibesübungen bis Ende des Jahres. Die Räumung darf nicht den Zweck haben, aus der Hustadt geschmisse Studenten dort unterzubringen.

Kanzler Seel reagierte in der Art eines klugen Taktikers und versprach sofort 14 Zimmer in den Sammelgebäuden; andererseits erklärte er sich nicht bereit, die anderen Forderungen zu erfüllen und redete sich klug heraus: er erklärte bis zum 1. 4. 1971 das Institut für Leibesübungen zu räumen, aber für Studenten aus der Hustadt, da diese Wohnungen für Professoren und Assistenten benötigt werden (L!!) Und Schließlich und endlich sei er für das Schwesternheim nicht zu-

ständig, sondern der Herr Finanzminister aus Düsseldorf.

Die Rote Zelle Jura prüft inzwischen die rechtliche Lage dieses Falles.

Über die konkreten nächsten Aktionen und eventuellen Besetzungen unterrichtet die Aktionsgemeinschaft „Wohnkampagne“ weiter auf Flugblättern.

## Berlin: Rechte Schüsse

In der Nacht zum Samstag vergangener Woche wurde ein Wachsoldat vor dem Ehrenmal der Roten Armee in Westberlin durch Schüsse eines mittlerweile gefaßten rechtsradikalen Attentäters verletzt. Nach dessen eigenen Aussagen richtete sich die Tat gegen die Ratifizierung des Gewaltverzichtsvertrages zwischen der BRD und der UdSSR.

Zweifellos ist dieses Attentat im Zusammenhang zu sehen mit den Hetzkampagnen seriös sich gebenden westdeutscher Politiker (Strauß, Thadden, Guttenberg) und deren blindwütigen Eleven. Die Gründung der „Aktion Widerstand“ in Würzburg war nicht der vorläufige

Höhepunkt eines neu aufgelegten Chauvinismus in Deutschland, sondern lediglich der Versuch einer Organisierung aller nationalistischen Kräfte von der NPD über die Vertriebenenorganisationen die NLA bis zur CDU/CSU.

Die Mitglieder der „Europäischen Befreiungsbewegung“, die in Berlin auf den Abzug drückten, befinden sich — wie man sieht — in „bester Gesellschaft“. Wenn man sie vor Gericht stellt, sollte man nicht alle die Leute übersehen, die den Boden für solche Auswüchse mitgeschaffen haben und die sich heute noch unverfroren dazu bekennen.

<b>Inhalt:</b>	
Hochschulnachrichten	S. 2
vds-MV	S. 3
Chile — ein neues Cuba?	S. 4
Fr. Engels 150 Jahre	S. 5
Numerus clausus	S. 2
Lustiges von ee	S. 6



gerichtet wurden. Sieben Jahre dauerte der weltweite Kampf, angeführt von der Komintern, für die Freilassung der beiden Arbeiter. Die politischen Massenbewegungen, die damals stattfanden, wurden in Deutschland von der SPD-gelenkten Polizei brutal niedergeschlagen. Ein Arbeiter wurde getötet.

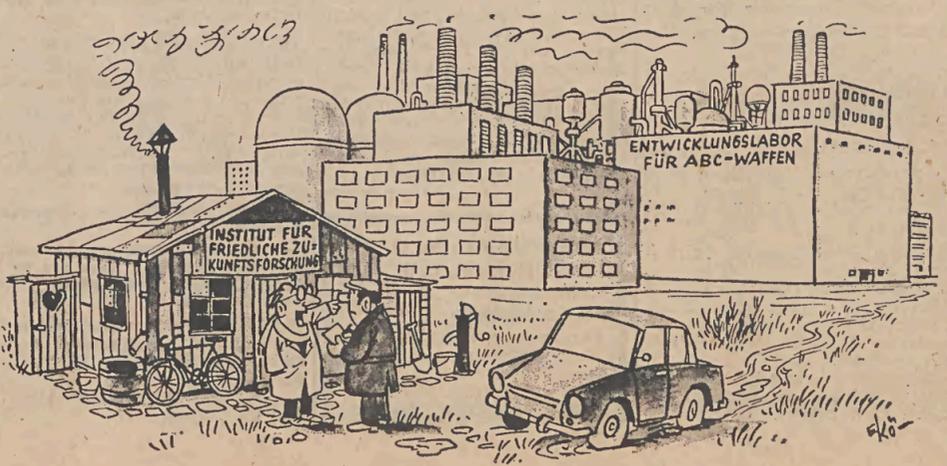
Anfang der fünfziger Jahre waren es die Geschwister Rosenberg, angebliche Atomspione, die von den Hexenjägern Mc Carthys zum Tode verurteilt und ermordet wurden. Damals hatten namhafte Atomwissenschaftler erklärt, daß die „gefundenen“ Zeichnungen auf keinen Fall Konstruktionspläne von Nuklearwaffen seien, zudem seien diese Pläne bereits in der Fachliteratur veröffentlicht.

Heute braucht die amerikanische Monopolbourgeoisie wieder ein Opfer. In Angela Davis hat man den Prototyp getroffen. Auf sie fallen alle anerzogenen Vorurteile der faschisierten Massen: schwarz und kommunistisch, Frau und Intellektuelle.

Am 20. November wird in New York ein Gericht über die Auslieferung von Angela Davis an den Bundesstaat Kalifornien beschließen. Eine Auslieferung an Kalifornien aber, dessen faschistischer Gouverneur Reagan neben dem Südstaater Wallace zum Exponenten der amerikanischen finsternen Reaktion geworden ist, würde für Angela die sichere Gaskammer in St. Quentin bedeuten.

Die praktische Solidarität aller demokratischen Kräfte ist die einzige Möglichkeit sie vor der Ermordung zu retten.

**FREIHEIT FÜR ANGELA DAVIS!**



# NUMERUS CLAUSUS

Nachdem die Maßnahmen der Kultusbürokratie zu teilweise katastrophalen Überfüllungen an den meisten Universitäten des Landes geführt haben, will man jetzt etwas „rationaler“ und drastischer vorgehen. In der vorletzten BSZ hatten wir auf den „freundlichen Hinweis“ von Herrn Nelles aufmerksam gemacht, daß demnächst mit einer totalen Zulassungssperre in den meisten Fächern zu rechnen sei. Genau so ist es eingetreten. Zu diesem Zweck hatte das Wissenschaftsministerium eine Sitzung der Rektoren für den 10. 11. einberufen. Rein zufällig – durch Kontaktaufnahme mit dem Bonner AStA – erfuhren wir davon. Auf unsere Anfrage beim zuständigen Referenten Nelles, bekamen wir den Bescheid: „Das können Sie nicht haben. Da gibt es einen Erlaß des Ministeriums, daß diese Angelegenheiten nur intern weitergegeben werden dürfen.“ Damit waren wir von dieser Sitzung ausgeschlossen; als wir später das Ministerium nach einem solchen Erlaß fragten, kam heraus, daß es diesen überhaupt nicht gibt.

So boykottieren diese Herren, die ständig von der Mitbestimmung auf dem Boden unserer Verfassung labern – und man kann hier nur sagen: labern – die Arbeit der studentischen Interessenvertretung.

Wir sind dennoch zusammen mit anderen ASten nach Düsseldorf zur Sitzung gefahren, um uns dort die Information zu holen und unsere Position darzulegen. Die zuständigen Kultus- und Hochschulbürokraten waren sichtlich überrascht über das „zahlreiche Erscheinen von Studenten“.

In der vierstündigen Diskussion kam dann heraus, was sich hinter dem harmlos deklarierten „rationalen Verteilungsverfahren“ verbirgt: ein NC für die meisten Fächer.

Für Ende Januar (31. 1.) wird ein Voranmeldetermin für Studienbewerber angesetzt. Sie sollen sich bei den jeweiligen Unis, die die Vororte für die einzelnen Fächer sind, mit ihrem Studienort- und Studienfachwunsch anmelden. Doch dieser Termin muß Ausschlußtermin sein, „sonst ist das Ganze sinnlos“ (Faillard). Wer sich also erst

am 1. Febr. anmeldet, muß bis zum 15. Nov. auf der Wartebank sitzen (wir können ihm nur wünschen, daß er dann wenigstens einen Studienplatz findet).

Das „Verteilen“ wurde so begründet: Wenn an einer Hochschule zu großer Andrang ist, dann müssen wir die Studenten auf andere Unis verteilen. Das heißt, daß an der ersten Uni schon mal ein NC bestehen muß. 100 werden eben aufgenommen und nicht mehr. Doch wieviele soll man auf die anderen Unis verteilen?, war dann die Frage. Auch hier sind fixe Zulassungszahlen notwendig. Das heißt: auch hier Numerus clausus.

Und exakt für diese allgemeine Zulassungssperre setzen sich einige Rektoren ein, allen voran und knallhart der Rektor der Uni Köln. Wir müssen ihm wegen seiner „Offenheit“ danken. Gleichzeitig versuchen andere (dabei der „geschickte“ Faillard), diese Situation zu verschleiern, indem sie sagten, das wissen wir ja alles noch nicht, da keine umfassenden Kapazitätsangaben vorliegen. Doch die weiter anrollende Bewerberzahl und gerade die Überfüllung im letzten

Semester (in NRW wie in der gesamten BRD) zeigen eindeutig, daß die Studienplätze für die Abiturienten nicht ausreichen und in Zukunft immer weniger, daß man also die Universitäten dichtmachen muß. Und genau dazu waren die Herren Rektoren und Ministerialdirigenten zusammengekommen. Die Maßnahmen, die sie planen, sollen die Anordnungen des HSchRG schon im Vorhinein praktizieren.

An Hand von Bewerbungsbogen sollen die Bewerber verteilt werden. Das Entscheidende ist, nach welchen Kriterien zugelassen und verteilt wird. Auf der Grundlage welcher Kriterien bekommt ein Bewerber keinen Studienplatz? Diese Frage wird die Ministerialbürokratie auf der nächsten Sitzung beantworten müssen. Wir werden am Ball bleiben.

Das, was der Personalberater der Deutschen Industrie schon lange aussprach, nämlich die totale Zulassungssperre an allen Unis, beginnt nun einzutreten. Der gemeinsame Kampf der Schüler und Studenten kann und wird das verhindern.

# Hochschullehrer verhindern demokratische Verfassung

Die Satzungsberatungen in der Abteilung für Mathematik (Ab. XI) sind am Veto der Ordinarien vorläufig gescheitert. Der auf der Grundlage der Abteilungsversammlungsbeschlüsse erarbeitete drittelparitätische Satzungsentwurf wurde in der Abstimmung am 10. 11. 1970 von der Abteilungsversammlung mit 28:9:1 angenommen, durch das Veto der Hochschullehrer in einem zweiten Wahlgang aber mit 0:9:3 niedergestimmt.

Damit ist an einer der größten Abteilungen der RUB eine demokratische Reform der Selbstverwaltungsstruktur von den Hochschullehrern abgelehnt worden. Das kann nicht ohne Auswirkungen auf die Verfassungswirklichkeit an der RUB bleiben, zumal sich auch in anderen Abteilungen ähnliche Entwicklungen zeigen. Hier ist eine konzentrierte Reaktion am Werk.

In den ersten sieben Sitzungen der Abteilungsversammlung war der Grundriß einer drittelparitätischen Satzung erarbeitet und mit großer Mehrheit beschlossen worden. Da aber wachten die Hochschullehrer auf. In der achten (8.)

Sitzung verlangten sie ultimativ für sich „Halbparität“ in der Fakultät, dem geplanten Entscheidungsgremium der Abteilung. Außerdem sollte die Fakultät für die zentralen Ressorts Forschungs-, Personal- und Finanzfragen zuständig sein.

Drei Monate vorher, in der vierten Sitzung der Abteilungsversammlung war die Frage der Zusammensetzung der Fakultät ausführlich diskutiert und abschließend behandelt worden. Der assistente Kompromißvorschlag (3 Hochschullehrer, 3 Assistenten, 3 Studenten, 1 Mitarbeiter) wurde mit großer Mehrheit angenommen. Von studentischer Seite wurde die Besetzung 2:2:3:1, von seiten der Hochschullehrer 3:3:2:1 beantragt. Der einzige Vorschlag von seiten der Hochschullehrer wich also nur geringfügig von der beschlossenen Fakultätsbesetzung (3:3:3:1) ab, während die Studenten im wesentlichen bei ihrer Forderung nach Halbparität für ihre Gruppen blieben.

Warum erklärten die Hochschullehrer vier Sitzungen später die beschlossene Fakultätsbesetzung für

unannehmbar? Bis heute wurde für dieses widersprüchliche Verhalten keine inhaltliche Begründung gegeben. Ein Hochschullehrer gab die Erklärung: „Wir haben bisher geschlafen.“ Die Hochschullehrer vermeiden jede Diskussion ihrer Forderungen. Die beiden Hochschullehrer in der Satzungscommission, der Dekan Ehlich und der Prodekan Ewald, traten aus der Satzungscommission aus. Alle in der Zwischenzeit unternommenen Kompromißversuche scheiterten an der Intransigenz der Hochschullehrer, die von ihrer Forderung nach Halbparität in entscheidenden Fragen nicht abgingen.

Bei der Abstimmung am 10. 11. stellten sie dem Abteilungsversammlungsentwurf einen eigenen Satzungsentwurf entgegen (das Ergebnis siehe oben).

Frage: Wer hat die Ordinarien der Abteilung XI aufgeweckt?

— Wer hat sie in die peinliche Lage gebracht, sich selbst bloßzustellen?

— Wer hat ein Interesse daran, demokratische Mitbestimmung zu verhindern?  
Assistentenschaft der Abt. XI

# AG Wirtschaftswissenschaft

Eine Arbeitsgemeinschaft von interessierten Studenten der Abt. Wirtschaftswissenschaft soll in der nächsten Woche gegründet werden. Diese Gruppe soll die Aufgaben eines Projektbereiches, wie er im AStA-Aktionsprogramm gedacht ist, erfüllen.

Thema dieser AG soll sein: **Berufsbild des Wirtschaftswissenschaftlers im Kapitalismus**

Hier ein Vorschlag für eine Aufgliederung dieses Themas:  
**I. Berufsperspektiven**  
1. wohin gehen die Wiwis nach dem Studium  
2. an was arbeiten sie  
3. welche Funktion haben sie im Kapitalismus (Klassenanalyse).

**II. Bewußtseinsstand der Studenten**  
1. soziale Herkunft  
2. Verbindung von soz. Herkunft und beruflicher Erwartung  
3. Beeinflussung der Erwartungsansprüche  
4. Beeinflussung durch Studieninhalte.

**III. Einflußnahme der Wirtschaft auf die Ausbildung**  
1. Bedarfsplanung der Wirtschaft  
2. auf Studieninhalte (in den Studienkommissionen)  
3. Verflechtung von Wirtschaft und Professoren  
4. Auftragsforschung

**IV. Ausbildung**  
1. praxisfremde Ausbildung (kein Bezug zum Betrieb, dadurch Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse)  
2. Keine Behandlung des Marxismus  
3. Beschränkung auf bloße Effektivierung und Erklärung des bestehenden Wirtschaftssystems.  
4. Keine Ökonomie der sozialistischen Länder.

Zur Effektivierung der Arbeit soll mit gleichartigen Gruppen an anderen Universitäten oder Wirtschaftsfachschulen zusammengearbeitet werden. Gleichzeitig muß versucht werden, zu jedem Abschnitt Infos herauszugeben oder in teach-ins die Problematik zu klären. Erste Aufgabe der Gruppe wird es sein, eine ausführliche Literaturliste zu den einzelnen Themen anzufertigen.

Die Gruppe wird eng mit der Fachschaft der Abt. VIII und dem AStA zusammenarbeiten, damit die Ergebnisse der Arbeit veröffentlicht werden können. 1. Sitzung ist am Mittwoch, dem 25. 11., 10.00 Uhr Fachschaftsraum Wiwi IB 3/83.

Am 9. 11. fand die erste Fachschaftsvollversammlung der Abt. VIII statt. Neben den Rechenschaftsberichten wurden Berichte über den derzeitigen Stand der Prüfungskommissionen vorgetragen (Zwischenprüfung). Nachdem der alte Fachschaftsrat wegen Ablauf seiner Amtsperiode zurücktrat wurde ein neuer Fachschaftsrat gewählt, dem vorerst nur 4 Mitglieder angehören: Trauter (BSU), Sommerfeld, Kretschmer und Bender (SHB).

Der neue Fachschaftsrat wird in Kürze ein Info über den derzeitigen Stand der Neuregelung der Zwischenprüfungsordnung vorlegen. Vor Weihnachten wird noch eine Fachschaftsvollversammlung stattfinden, die sich u. a. auch mit diesem Thema auseinandersetzt. Der genaue Termin wird noch rechtzeitig bekanntgegeben.

Rainer Bender

Am Freitag, den 20. 11., 14.00 Uhr, AStA, Zi. 9, 1. Sitzung der AG Technologie

Themen: Perspektiven des Naturwissenschaftlers; Funktionen der Technik im Kapitalismus; Auftragsforschung

**Einladung zum kostenlosen Proberauchen!** Probieren Sie den zungenmilden Pfeifentabak! 6 Pröbchen gratis. Diesen Gutschein senden an: **EXKLUSIV-TOBACCO** 83 Landshut, Postfach 568 a

# Neue SoWi-Fachschaft

Auf der VV vom 5. 11. beteiligten sich ca. 140 Studenten an der Wahl eines sechsköpfigen Fachschaftsvorstandes. Mit diesem Akt wurde mit einer studentischen Politik gebrochen, deren Folgen sich in einer drei Semester andauernden Agonie zeigten. Eine auf der vorletzten VV gewählte Kommission legte am 5. 11. einen Bericht über die Situation an der Abteilung vor. Dieser Bericht stellte eine Diskussionsgrundlage über die bisherige studentische Politik, die Berufungspolitik der Professoren der Abteilung, die Gremienpolitik, ein Fachschaftsprogramm und eine Satzung.

Auf der VV wurde ein Konsens darüber gefunden, daß zwei grundlegende Fehler der bisherigen Politik unbedingt vermieden werden müssen. Erstens eine Fachschaftspolitik, die von der studentischen Basis losgelöst handwerkelt und deshalb sehr leicht subjektivistische und voluntaristische Züge annehmen wird, daß im Gegenteil der Fachschaftsvorstand sich vor den Studenten auf Vollversammlungen verantworten muß, sich hier die Anregungen und Initiativen für seine Politik holt und jederzeit abwählbar sein muß. Auf der anderen Seite muß radikal mit der „revolutionären Minderheitenstrategie“ gebrochen werden, denn die Interessen der Studenten können nur dann vertreten werden, wenn die Politik des Fachschaftsvorstandes auch von den Studenten getragen wird. D. h. aber, daß die Fachschaft dem Bewußtsein der Studenten Rechnung tragen muß, daß ihre Politik zu vermitteln sein muß.

Ogleich die Vertreter der anti-autoritären Revolte vor vier Semestern viele Studenten der Abteilung zu Kampfkampfen gegen die reaktionären Lehrinhalte und die desolaten Ausbildungssituation der Sozialwissenschaftler mobilisieren konnten, liquidierten sie letztlich durch ihre falschen Analysen und Strategien (rev. Minderheiten-Strategie) jede studentische Politik. Sie konnten ihre Forderungen den Studenten nicht mehr vermitteln (das einzig vermittelbare Kriterium ihrer Politik war die Unerfüllbarkeit ihrer Forderungen) und landeten so bei blindem Aktionismus, letztlich anarchistischer Politik. Die Konsequenzen dieser so „revolutionären“ Strategie war eine Stärkung der reaktionären Front unter

den Professoren. Diese wußten das politische Vakuum sehr gut zu nutzen und beriefen ohne jeden Protest von seiten der Studenten Herrn Professor Herder-Dorneich, sorgten dafür, daß ihre Assistenten nach nicht genehmigten Habilitationsordnungen habilitierten und so die rechte Gesinnungsfront ergänzten, daß vielleicht Professor Jäggi, der einzige Hoffnungsschimmer, bald nach Dortmund gehen wird.

Die neue Fachschaft will aus den Fehlern der bisherigen Politik die Konsequenzen ziehen. Sie versteht unter materieller Interessenvertretung einerseits den Kampf gegen reaktionäre Lehmeinungen, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie (dafür wurde ein Referat im Rahmen des Arbeitsprogramms geschaffen), auf der anderen Seite den Kampf um materielle Besserstellung im allgemeinen, d. h. Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz, die Leusink-Thesen, die bisherige Berufungspolitik, die Prüfungsordnungen usw.

Der Fachschaftsvorstand wird jede Initiative in dieser Richtung aufnehmen, wird studentische Gruppen unterstützen, die sich mit Fragen studentischer fortschrittlicher Gremienpolitik auseinandersetzen, mit der inhaltlichen Auseinandersetzung mit reaktionärer Ideologie beschäftigen, die Studiengänge (Sozialpädagogik, Wirtschaft und Verbände) kritisch analysieren, die sich mit Fragen der Lehrerausbildung (siehe AStA-Kampagne) beschäftigen. Die Fachschaft ist ohne die aktive Unterstützung seitens der Studenten nicht lebensfähig.

Deshalb: Arbeitet an den Projektgruppen der Fachschaft mit.  
Walter Wendt

# Marx an die Uni

Seit Beginn des Wintersemesters ist Dr. Valentin Petev Gastdozent an der rechtswissenschaftlichen Abteilung der RUB. Nach seiner Tätigkeit im bulgarischen Außenhandel ging er als Assistent an die rechtswissenschaftliche Fakultät in Jena, promovierte dort und las anschließend in Jena und Halle Zivilrecht der UdSSR, CSSR, Polens, Bulgariens und Ungarns. 1968 Habilitation, ab Herbst 1968 Arbeit am Institut für Rechtsvergleichung in Paris. Rückkehr in die DDR. In Bochum liest Petev sozialistisches Zivilrecht und Rechtsvergleichung.

In der ersten Vorlesung behandelte er die spezifischen Probleme der Rechtsvergleichung zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern. Dabei grenzte er sich scharf von denjenigen bürgerlichen Rechtswissenschaftlern ab, die von der gesellschaftlichen Wirklichkeit abstrahieren und in der formalen Rechtsvergleichung einzelner Normen ihre Aufgabe sehen. Nach Petev ist die Rechtsvergleichung vielmehr in den Rahmen der friedlichen Koexistenz einzuweisen, d. h. die Vergleichung ist anhand der Praxis eine Notwendigkeit im Interesse des friedlichen Zusammenlebens, des Verkehrs, des Handels. Um näher ins sozialistische Recht eindringen zu können, gibt Petev in den weiteren Vorlesungen eine Einführung in den Marxismus-Leninismus, der die wissenschaftliche Grundlage der sozialistischen Gesellschaft ist, d. h. auch des sozialistischen Rechts. In einfacher und leicht verständlicher Sprache bringt er die Lehre des Marxismus über das Wesen des Staates, des Rechts sowie über andere gesellschaftliche Kategorien.

Der zweite Teil der Vorlesung wird sich anschließend konkret mit dem sozialistischem Zivilrecht auseinandersetzen.

In seinem Colloquium geht Petev auf die Fragen ein, die während der Vorlesung offen geblieben sind, und diskutiert auch andere Probleme, die im Zusammenhang mit dem wissenschaftlichen Sozialismus auftauchen.

Leider beteiligen sich nicht sehr viele Studenten der Abteilung VI an dieser Veranstaltungsreihe. Wer aber nicht immer aus zweiter Hand informiert werden möchte, wer am Studium des Rechts der sozialistischen Länder interessiert ist, der möge in die Vorlesung und ins Colloquium von Dr. Valentin Petev gehen.

Vorl.: Mi 14—16 Uhr IB 4/48  
Coll.: Di 18—20 Uhr IB 5/51

# RUB-Verfassung

Die Politik, die der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ am Mittwoch in Bad Godesberg proklamiert hat, wird in Bochum schon seit Ende September verstärkt betrieben von Biedenkopf und Faillard, Kamke und dem ominösen „Geschäftsführenden Vorstand der Dozentenschaft an der RUB“ im Kampf gegen die Wahlordnung zum UP (vgl. AStA-Info in der letzten BSZ), die die Wahl liberaler Professoren und Assistenten ins UP und damit teilweise die Durchsetzung studentischer Interessen ermöglicht hat.

In der Auseinandersetzung um die Wahlordnung verloren die Reaktionen in der ersten Runde: das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen setzte die Wahlen zum UP nach den alten Übergangsvorschriften aus, die der Rektor als „vorläufige Maßnahme“ angeordnet hatte — um endgültige Tatsachen zu schaffen: das Verwaltungsgericht bezeichnet diese „vorläufige Maßnahme“ als „offensichtlich rechtswidrig“, da sie „die Wahl der Universitätsparlamente nach umstrittenen Vorschriften für eine volle Amtsperiode“ bedeutet hätte.

Die inhaltliche Entscheidung des Gerichts, ob die vom UP im Juli beschlossene Wahlordnung verfassungsmäßig ist oder nicht, steht noch aus. Doch Herr Faillard und seine Mitstreiter gegen eine demokratische Universität brauchen nichts zu fürchten, seit sie in dem sozialdemokratischen Minister für Wissenschaft und Forschung, Rau, einen entschlossenen Bundesgenossen gefunden haben. Rau wird laut eigener Aussage gegen eine Entscheidung des Gerichts für die neue Wahlordnung umgehend Berufung einlegen.

**Verfassung in der Zwangsjacke**  
Der staatliche Eingriff in die universitären Verfassungsausschließungen kommt nicht von ungefähr: es wird Zeit, daß Bochums Verfassung an das im März 1970 verabschiedete NRW-Hochschulgesetz angepaßt wird — das bedeutet für uns ganz konkret

- institutionalisierter Numerus Klausus
- keine freie Studienwahl, sondern Berufslenkung nach den Bedarfsplänen des Ministeriums, d. h. der Wirtschaft
- kaum Einfluß von Studenten auf Studiengänge, Prüfungen, Forschung und Personalpolitik (Berufungen)
- „qualifikationsgerechte“ Abstufung der Paritäten

— Nichtöffentlichkeit der Entscheidungsgremien als Regelfall

— Sachaufsicht des Ministers mit der Möglichkeit, Staatskommissare einzusetzen

— Zerschlagung der studentischen Interessenvertretung (ASTA, Fachschaften) zugunsten studentischer Mitwirkungsagenten bei der Hochschul „selbst“verwaltung.

Den reaktionären Professoren, die im Senat und im Rektorat seit langem versuchen, die Beschlüsse des Universitätsparlaments zu torpedieren, ist es im Kampf gegen die Wahlordnung gelungen, den Wissenschaftsminister auf den Plan zu rufen. Er wird ihnen die undankbare Aufgabe abnehmen, offen die Anpassung an das Hochschulgesetz zu fordern. Die Reaktionen um Faillard und Biedenkopf werden ihr Gesicht wahren können. Sie brauchen nur noch zu gehorchen.

Auch wenn ein Festhalten an der Bochumer Verfassung in vielen Punkten nicht mehr vor der Anwendung des Hochschulgesetzes schützt und der Senat als Kabinett der Reaktionen endlich aufgelöst gehört, müssen wir unsere Positionen gegen die o. g. Konsequenzen des Hochschulgesetzes mit allen Mitteln verteidigen. Das wird nur sehr begrenzt durch juristische Rangelien um die Verfassung möglich sein, sondern nur durch den massiven politischen Druck der Studenten.

Unsere Aufgaben sind daher in der nächsten Zeit:  
— Durchsetzung von Abteilungs-satzungen, die durch politische Wahlen in Vollversammlungen, Halbparität etc. den Studierenden politischen Einfluß auf den verbliebenen Entscheidungsspielraum sichern (Berufungen)  
— Abschaffung der bestehenden und Kampf gegen die Ausweitung der Zulassungsbeschränkungen auf

fast alle Fächer und gegen Tricks wie Ausschlußfristen

— Kampf gegen eine diktierte Studienreform, Durchsetzung und gremienmäßige Absicherung eigener Studienreformpläne

— Schaffung von ausreichendem Wohnraum für alle Studenten

— Erhaltung der verfaßten Studentenschaft als politische Interessenvertretung der Studierenden

— Teilnahme der Studierenden an Forschung und Lehre (Art. 47 Verf. RUB), d. h. auch Mitbestimmung über Forschung und Lehre.

Wer jetzt noch glaubt, diese Forderungen durch fleißige Mitwirkung in den Gremien unserer Universität durchsetzen zu können, wie es die BSU tut, führt die Studenten bewußt oder unbewußt auf den Leim der Anpassung und verhindert ein konsequentes Vorgehen. Nicht Auszug aus den Gremien — das will uns die BSU unterscheiden —, sondern eine konsequente Konfliktstrategie innerhalb der Gremien zur Mobilisierung der Studenten insgesamt ist die einzige Perspektive, die von uns aufgestellten Forderungen wirklich durchzusetzen.

**Die Formulierung unserer Hauptforderungen und die Festlegung der Konfliktstrategie erfolgen auf dem TEACH-IN DES ASTA**

**DONNERSTAG, 19. 11., 14 Uhr Arbeit mit dem ASTA zusammen für die Durchsetzung der studentischen Interessen!**

**Reifen-Dornhardt**  
Reifenfachhändler  
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb  
Deta-Batterielager  
Sonderpreise f. Uni-Angehörige  
463 Bochum · Wittener Str. 449  
Fernruf 55 03 68  
gegenüber Opel-Eingang I

**„Die Schallplatte“**  
Bochum  
Hans-Böckler-Straße 21  
Großes Angebot an Pop- und Jazz-Platten  
viele Sonderangebote  
große Importabteilung

# Projektbereich: Lehrerbildung

Am 9. 11. trafen sich die Vertreter der Fachschaften im Gebäude IA 5/88, um gemeinsam über Zielsetzung und organisatorischen Aufbau des Projektbereichs Lehrerausbildung zu diskutieren. Im wesentlichen wurde dabei die Konzeption des ASTA angenommen (s. letzte BSZ). Im Ergebnis der Diskussion kristallisierte sich die Notwendigkeit der Bildung zweier Arbeitsgruppen heraus, deren Zielsetzung wie folgt umrissen werden kann:

\* Arbeitsgruppe Sozialisation: Sie soll die Funktion des Lehrers im staatsmonopolistischen System untersuchen und seine Bedeutung sowohl für die Qualifikation der Ware Arbeitskraft entsprechend den von der Wirtschaft diktierten Bedürfnissen als auch zur ideologischen Beeinflussung im Sinne der Systemstabilisierung offenlegen.

\* Arbeitsgruppe Lehrerausbildung: Ihr Aufgabenbereich liegt zunächst primär in der Analyse der von den Herrschenden geplanten „Reformbestrebungen“ auf dem Gebiet der Lehrerausbildung und deren massenwirksamen Verbreitung sowie in der Erarbeitung konkreter Kampfmaßnahmen, um diesen (in der vorletzten BSZ grob dargelegten Plänen) zu begegnen.

Beide AGs haben ihre Tätigkeit bereits aufgenommen und treffen sich regelmäßig zu folgenden Terminen:

- \* Sozialisation: montags, 16.00 h, IA 5/88
- \* Lehrerausbildung: dienstags, 12.00 h, AStA.

# Zu der vds-MV in Marburg

Seit 1 1/2 Jahren scheint der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) dahinzusiechen. Zunächst der Anspruch des SDS aus ihm einen „sozialistischen Kampfverband“ zu machen, dann die unklaren Mehrheitsverhältnisse, Gegenattacken rechter Asten (etwa die, die die MV in Göttingen per einstweiliger Verfügung verhinderten) usw. machten alle Versuche einer Reorganisation auf der Grundlage eines realistischen Programms mit der Hauptbohrung gegen die monopolkapitalistische Formierung zunichte. Mit der a. o. MV vom 6. bis 8. November in Marburg scheinen nun aber die Weichen gestellt: der VDS kann wieder zu einer umfassenden Interessenvertretung der westdeutschen Studentenschaft gemacht werden.



Die MV begann mit dem Rücktritt der beiden Vorstandsmitglieder Mergner und Bühning (ML-München und Hamburg), deren anarcho-syndikalistisches Konzept nicht einmal mehr von den ML-Gruppen vertreten wurde. Bezeichnend war dabei, daß diese beiden Individuen, die von der ML in den Vorstand delegiert worden waren, von vorne herein erklärten, sich keiner Kritik und Diskussion über ihre Tätigkeit im VDS stellen zu wollen.

In der weiteren Diskussion kristallisierten sich zwei Hauptkonzeptionen heraus. Auf der einen Seite die Positionen der SHB-

SPARTAKUS-Mehrheit, auf der anderen Seite die der ziemlich diffusen ML-Gruppierungen.

**Die Plattform von SHB und SPARTAKUS**

Im Gegensatz zur ML legte diese Fraktion ein umfangreiches Papier vor, um das herum sich denn auch die Diskussion entwickelte. Von einer Analyse der Gesellschaftsbedingungen in der BRD und der Formierung des Rechtskartells (an den Hochschulen etwa in Form des sog. „Bund Freiheit der Wissenschaft“) ausgehend, wird darin die Hauptaufgabe des VDS im Kampf

gegen diese gefährliche Entwicklung gesehen, wobei der VDS zur umfassenden Interessenvertretung der Studenten mit einer realen Massenbasis an den Hochschulen entwickelt werden muß. Dabei erfolgt eine klare Abgrenzung von der ständischen Konzeption einer „Studentengewerkschaft“ einerseits und von der sektiererischen Position eines VDS als „Ersatzpartei“ andererseits. Vielmehr hat der VDS eine enge Verflechtung von politischem und sozialem Kampf an der Hochschule zu realisieren und eine gewerkschaftliche Orientierung zu geben, welche sich mißt an den Interessen der Arbeiterklasse und nur bei einer engen Verbindung mit der Arbeiterklasse im Kampf um gesamtgesellschaftliche antimonopolistische Veränderungen sich ausweist.

**Besondere Bedeutung kommt dabei der Instrumentalisierung des VDS für den Prozeß der Vereinheitlichung der studentischen Oppositionsbewegung und ihrer Organe zu.**

**Der „Reformvorschlag“ der ML**

Vor allem die Mainzer und Tübinger Asten vertraten die Auffassung, daß „jeder studentische Dachverband nur nach bürgerlichen Rechtsnormen aufgebaut werden kann, daß er bestenfalls optimal an den Strukturen bürgerlicher Demokratie ausgerichtet werden kann, ohne sich im Kampf um seine eigene Existenz als Widerspruch bestehender Normen völlig aufzureiben, damit als Verband völlig wirkungslos zu werden.“

So müssen wir diesen Verband als einen bürgerlichen Verband, eine Art Lobby betrachten, ... in dem wir ... durchaus für die Durchsetzung bescheidener wirklicher Fortschritte kämpfen und einige der größten Frechheiten des Kapitals abwehren können.“ (Zitat ML-Mainz)

Diese ML-Konzeption beansprucht die Erfahrungen der anti-autoritären Studentenbewegung bearbeitet zu haben. Sie beansprucht, aus dem Fehler gelernt zu haben, den VDS als „Parteiersatz“ aufzufassen, fällt dabei aber in das andere Extrem kleinbürgerlicher, rechtsopportunistischer Anpassung zurück. Man vernachlässigt nämlich eine der elementarsten Erfah-

rungen der letzten Jahre, daß studentische Interessen nur im demokratischen Massenkampf gegen die Macht des Großkapitals durchgesetzt werden können und nicht in einem fachspezifischen, d. h. ständisch orientierten Lobbyverband.

Die übergreifende Perspektive geht der ML verloren, nämlich, daß die Interessen des überwiegenden Teils der Studenten als zukünftige Lohnabhängige sich den Interessen der Arbeiterklasse annähern. Das heißt: Studenten und Arbeiter müssen gemeinsam den Kampf gegen die Macht der Monopole führen. Nicht zuletzt können nur so die fortschrittlichen Teile der Studentenschaft „auf die Höhe der Arbeiterklasse gehoben werden“ (Lenin)

Obwohl die Mehrheit der MV dieses Konzept, sich einstweilen darauf zu beschränken, die größten Frechheiten des Kapitals“ zu bekämpfen, ablehnte, fiel die Plattform der Mehrheit der SHB und SPARTAKUS Asten in der Abstimmung durch. Der Grund dafür lag in der schwankenden Haltung der rechten SHB-Asten (Frankfurt, Freiburg, Würzburg), denen sich drei der vier Bochumer Delegierten (nämlich zwei SHB- und ein Junge Garde-Vertreter anschlossen.

Dennoch beschloß die VDS-MV nach langen Debatten ein Aktionsprogramm für den Verband, welches die Arbeitsperspektiven für die nächste Zeit aufweist und als dessen Begründung die Plattform anzusehen ist. Auch wird der neue Vorstand (Lehndorff, SHB, v. Mutius, SHB, Köhler, SHB, Krüger, SPARTAKUS) auf der Grundlage dieser Konzeption seine Arbeit beginnen.

Zur Information sei hier noch auf die Verteilung der Projektbereiche hingewiesen: Ausbildung: (PH Göttingen), Technologie (Uni Göttingen), Soziales (noch nicht festgelegt), Kriegsforschung (TU Karlsruhe), Medizin (Uni Mainz), Justiz (Marburg), Internationalismus (Heidelberg), Bildungsplanung (Uni Göttingen).

Auch wenn das sektiererische Verhalten der Mehrheit der Bochumer Delegation, das z. T. der rechten SHB-Fraktion erst den Vorwand zum offenen Fraktionsbruch lieferte, eine offensichtlich schädliche Wirkung hatte, bleibt doch festzuhalten, daß Dank der konsequenten Aktionseinheit von SHB und SPARTAKUS in Marburg die Perspektiven des VDS im Kampf gegen die Formierung von Gesellschaft und Hochschule klar aufwiesen und die Voraussetzung für einen arbeitsfähigen Dachverband geschaffen wurden.

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107

Telefon 1 43 36

Service

Verkauf

Ersatzteillager

Wir reparieren - und tauschen nicht nur aus!

## Rau diskutierte mit Studenten



Hohen Besuch hatte am Samstag, dem 7. 11. die Cafeteria des GA-Gebäudes, als Wissenschaftsminister Rau in einer Direktübertragung des WDR sprach. Alles war schön geplant: man suchte sich die schönste und größte Cafeteria aus (für alle Studenten, die noch nicht dort waren, ein lohnender Ausflug), bestellte sich eine Jazzband, einige markante Persönlichkeiten von Stadt und Land und schon konnte es losgehen: eine Sendung über „die Verbindung der RUB mit der Stadt Bochum und seinen Bürgern“.

Wer noch nicht gewußt hat, wie gut solche Sendungen dazu geeignet sind, die tatsächlichen Verhältnisse zu verschleiern, der wußte es jetzt. Immer hübsch abwechselnd kurze Sportmusik, dann mal wieder ein 3minütiges Gespräch mit irgendeinem kompetenten Mann, der es fertigbrachte, 3 Minuten zu sprechen, ohne etwas zu sagen usw. Besser hätte eine Sendung „Sport und Musik“ auch nicht sein können. Und so müssen es auch die Hörer aufgefaßt haben: In Bochum, da ist zwar einiges falsch, aber im großen und ganzen . . .

Wenn vorher nicht innerhalb der Studentenschaft massiv auf die Sendung aufmerksam gemacht worden wäre und die rund 150 Studenten nicht gekommen wären, niemand hätte von der „Diskussion“ etwas erfahren. Das Interessanteste war nämlich nicht die Live-Übertragung im Rundfunk, sondern die Diskussion, die Wissenschaftsminister Rau hinterher großzügigerweise mit den Studen-

ten machte. Abgesehen von der Länge (1 1/2 Stunden) zeigte die fachlich geführte Diskussion, wo die wirklichen Hintergründe der augenblicklichen Situation liegen. Manfred Borchert vom Studentenwerk forderte Wohnungen für Paare mit Kind (oder auch ohne); die Situation ist für solche Studenten im Augenblick sowieso ziemlich trostlos, dazu kommt noch, daß die Hochschulfinanzierungsgesellschaft jetzt nur noch Wohnheime nach genormten Bauteilen baut, wobei natürlich nur Einzelbuden heraus-springen. Die Hauptdiskussion mit Rau ging jedoch um die Wahlordnung, die vom Rektor abgelehnt worden ist und vom Gericht erst noch genehmigt werden muß. Rau erklärte diese neue Verfassung jedoch für verfassungswidrig und würde sie auch bei einer Genehmigung durch das Gericht anfechten. Man kann sich vorstellen, was dann passiert: man muß Jahre warten, bis die endgültige Wahlordnung vorliegt und in dieser Zeit wird dann natürlich das Hochschulgesetz Einzug in Bochum halten.

Geschick stellte Rau auch die verschleierte NC-Maßnahmen mit Voranmeldung an der Uni, 3 Monate vor Beginn des Studiums, als eine wissenschaftliche Methode hin; die Kapazitäten besser auszunutzen.

Man muß, wie nicht anders zu erwarten war, weiterhin damit rechnen, daß die Kultusbürokratie alles versuchen wird, das Hochschulgesetz an unsere Uni zu bekommen, um unsere Verfassung auszutricksen.

## vds-Aufruf zum: „Bund Freiheit der Wissenschaft“

Während gerade in diesen Tagen und Wochen in der BRD sich alle reaktionären Kräfte unter der Führung von Strauß und Kiesinger in einem Rechtskartell zusammenschließen, das sich von der NPD über die Aktion Widerstand, die Vertriebenenverbände bis zur NLA erstreckt, formiert sich an den Hochschulen der „Bund Freiheit der Wissenschaft“.

Seine Ziele sind im Zusammenhang mit dem Versuch der Rechtskräfte zu sehen, jede Politik der Entspannung, des sozialen Fortschritts und der Demokratie zu verhindern und die BRD in die Schützengräben des Kalten Krieges zurückzuzerren.

Dieser Zusammenhang ergibt sich nicht nur aus der personellen Verflechtung der Wortführer des Bundes mit der CDU/CSU, sondern auch aus der Art wie sie jeglichen Reformansatz in den Universitäten ersticken wollen.

Hinter der vorgegebenen Absicht, gegen zerstörerische Elemente in den Universitäten anzugehen, die angeblich wissenschaftsfeind und dogmatisch Reformen und Mitbestimmung fordern, appellieren sie selber höchst unwissenschaftlich und emotional — der Demagogie der Rechtskräfte vergleichbar — an antidemokratische Instinkte. Hinter ihren Phrasen von Freiheit und Rettung des Bestandes der Universitäten verbirgt sich die alte

Absicht der Unterordnung der Wissenschaft unter die elitären Privilegien der Ordinarien, unter die Großindustrie und die Wissenschaftsvorstellungen der reaktionären Kräfte der CDU/CSU.

Parallel zu dem allgemeinen Angriff des Rechtskartells auf jede Politik des demokratischen Fortschritts wollen sie im Universitätsbereich jeden Ansatz von Reformbestrebungen zunichte machen. Ihre Mittel sind die Diffamierung der Studentenbewegung mit Begriffen wie „Anpassung an Modeströmungen“, „Ideologische Heilslehre“, „Reformphrasen“, „Rote Kadernschmieden“ etc., sind die Diffamierung progressiver Professoren und Assistenten. Dieser Bund richtet sich gegen Freiheit und Wissenschaft.

Sein Angriff auf die Demokratisierungsbestrebungen im Wissenschaftsbereich ist nicht Angelegenheit der Studenten, Professoren und Assistenten allein. Denn die grundsätzlichen Aufgaben des gesellschaftlichen Fortschritts sind nicht zu lösen, wenn nach wie vor die „Freiheit der Wissenschaft“ im Sinne dieses Bundes nach den Interessen der Großkonzerne und der reaktionären Kräfte der CDU/CSU definiert wird.

Allein der von allen progressiven Kräften vorangetriebene Demokratisierungsprozeß der Wissenschaft, ihre Befreiung von den

Zwängen der Rüstungsforschung ist in der Lage, sie in den Dienst des sozialen Fortschritts und der sozialen Sicherheit der arbeitenden Bevölkerung zu stellen.

Denn die Bemühungen um Mitbestimmung und der Kampf gegen reaktionäre Lehrinhalte innerhalb der wissenschaftlichen Hochschulen werden wesentlich die Durchsetzung der demokratischen und sozialen Interessen der Mehrheit der Bevölkerung mit beeinflussen.

Daher ist es die Aufgabe aller sozialen und politischen Gruppen, die daran interessiert sind, ihre Mitbestimmungsrechte durch den Kampf gegen das Rechtskartell zu erweitern, insbesondere der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, sich zum gemeinsamen Widerstand gegen den Bund Freiheit der Wissenschaft zusammenzuschließen.

Die demokratischen Kräfte in allen gesellschaftlichen Bereichen müssen jetzt handeln.

Wir rufen deshalb auf zu einem Kongreß am 18. Dezember in Bonn: „Gegen das Rechtskartell an den Hochschulen, gegen den Bund Freiheit der Wissenschaft. Für eine Demokratische Ausbildung und Wissenschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und des gesellschaftlichen Fortschritts.“

Vorstand des Verbandes Deutscher Studentenschaften

### ZITAT

„Hätte ich was zu sagen, dann hätte ich die Leute, die in Kassel dem Stoph zugewunken haben, in einen Waggon der DDR-Delegation einsteigen lassen. An dem Bahndamm hätte ich MG's aufgebaut und jeden, der versucht hätte, vor der Zonengrenze auszusteigen, abgeschossen.“

Major Schneider, stellvertretender Kommandeur, 5/Pl. Btl. 4, Bogen/Donau, im Gespräch mit einigen Unteroffizieren am 13. 6. 1970 auf dem Truppenübungsplatz Wildflecken. (Aus „Spontan“, Heft 11/70).

### STUDIENKREIS FILM

FILMCLUB AN DER RUHR-UNIVERSITÄT

- die nächsten Filme:
- Do., 19. 11.: FRÄULEIN JULIE — von Alf Sjöberg — Schweden 1950  
+ Dreyer: DANISH VILLAGE CHURCH 1947
  - Mi., 25. 11.: ZWEI GLORREICHE HALUNKEN von Sergio Leone — Italien 67  
+ Gregory J. Markopoulos: MING GREEN — 1966
  - Do., 26. 11.: DREI LIEDER ÜBER LENIN von Dsigo Wertow — UdSSR 1934  
+ Santiago Alvarez: NOW — 1969
  - Mi., 2. 12.: DIE NACHT v. Michelangelo Antonioni — Italien 1960  
+ Dreyer: THE STORSTROM BRIDGE — 1950

jeweils um 18 u. 20.30 Uhr im HNA 600

Fr., 11. 12. bis So., 13. 12.: Seminar: PRÄSENTATION UND REZEPTION VON SEXUALITÄT IM FILM

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN



Kleinstlinen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich

BRILLEN

Hagemann

SÜDRING 20

Was schenken? geh zu

Karin's Boutique

Bochum, Kortumstraße 98

1000 Kinkerlitzchen

warten auf Euch!



was trinken wir?

Schultheiss

Bier

SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

Men like its flavor Women love its aroma



2.50

Gratismuster \* PLANTA \* Berlin 61

# Die Reaktion formiert sich zum: „Bund Freiheit der Wissenschaft“

Fortsetzung von Seite 1

Vor einer eingehenden Auseinandersetzung mit den Zielen des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“ sollen kurz einige der Gründungsaufträge näher bezeichnet werden, damit die Verfasser des Gründungsauftrags und ihre Zielsetzung später in den richtigen Zusammenhang gebracht werden können:

Da ist zum Beispiel Prof. Hennis, der seit fünf Jahren gegen die Drittelparität kämpft, der den § 6 des Hessischen Hochschulgesetzes, der die Hochschulangehörigen zur Aufdeckung des Mißbrauchs von Forschungsergebnissen zwingt, einen „Denunziationsparagrafen“ nennt.

Oder Prof. Walter Rüegg, der die Frankfurter Universität zum Tummelplatz der Polizei machte, und der gleichzeitig Manager eines Schweizer Großkonzerns ist.

Oder Karl Holzamer (CDU), Intendant des ZDF und im faschistischen Hitler-Regime Nachrichtenoffizier und Frontberichterstatter, der stets die Raubzüge des imperialistischen Dritten Reiches hochlobte.

Oder Friedrich H. Tenbruck — schon lange in ideologischen Diensten des Deutschen Instituts für Propagandazentrale des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), der mächtigsten Organisation des Monopolkapitals.

Oder Hermann Schmidt-Vockenhausen, Vizepräsident des 6. Deutschen Bundestages und Einpeitscher der Notstandsgesetze.

Oder Dr. Gerhard Stoltenberg (CDU), Wissenschaftsminister a. D. und Mitglied des Vorstandes des Krupp-Konzerns.

Oder Dr. Elmar Michel, Ministerialdirigent a. D. und Vorsitzender der Salamander-AG. Oder Leopold W. Bröker, Präsident der Landeszentralbank Hessen, oder ...

Diese Liste ließe sich weiter fortsetzen, doch genügt sie sicherlich bereits, um die Wichtigkeit einer Analyse, der hinter diesen Leuten stehenden Intentionen zu begründen.

Diese lassen keinen Zweifel daran, wer ihrer Meinung nach die Freiheit der Wissenschaft angreift: „Obwohl Verleumdungen, Terror, Gewaltanwendung und Rechtsverletzung immer üblicher wurden, beschönigte man dies alles als eine Folge verzögerter Reformen des Hochschulwesens oder einfach als jugendlichen Radikalismus, wie es ihn eh und je gegeben habe. Man nahm nicht zur Kenntnis, was die ‚progressivsten‘ studentischen Kreise offen erklärten, nämlich daß die Hochschulen für sie ein Manövrierefeld zur Vorbereitung des Vernichtungskampfes gegen die ‚spätkapitalistische‘ Gesellschaft seien...“

Wo Ideologen die Oberhand gewinnen, welche die Zerstörung des Bestehenden als Voraussetzung für die Verwirklichung utopischer Ziele betrachten, dient der Ruf nach Reformen nicht mehr einer Modernisierung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Institution, sondern ihrer Lähmung und Vernichtung. Vor einer solchen Gefahr stehen heute die Hochschulen in der Bundesrepublik. Vor der gleichen Gefahr könnte morgen der Staat stehen. Deutlich ist diese Charakteristik abgestellt auf die demokratische und sozialistische Studentenbewegung, der untersuchen wird, daß sie die Veränderung der Hochschule „zur Zerstörung des Bestehenden als Voraussetzung für die Verwirklichung utopischer Ziele“ betreibt und daß sie dabei „Verleumdungen, Terror, Gewaltanwendung und Rechtsverletzung“ benutzt.

Die Ziele der demokratisch sozialistischen Studentenbewegung.

Lediglich die Gründungsaufträge sind der Meinung, daß es der Studentenbewegung mit dem Ruf nach Reformen um „Lähmung und Vernichtung“ der Institutionen gehe, daß die Verwirklichung „utopischer Ziele“ die Zerstörung des Bestehenden als Voraussetzung habe usw. Wenn es ihnen um eine sachliche Auseinandersetzung zu tun wäre, hätten sie sich zumindest mit den wesentlichsten Argumenten der von ihnen diffamierten Politik beschäftigt.

Die geht nämlich davon aus, daß die Universitäten Institutionen der Gesamtgesellschaft sind, daß die grundlegenden Probleme, die im Bildungswesen auftauchen (z.B. 170 000 Lehrer zu wenig, gleichzeitig N. C. an fast allen Unis, zu wenig Ausbildungsstellen, daher Einführung von Kurzstudiengängen und Verschulung des Studiums), selbstverständlich dort ihre Wurzel haben, wo die Entscheidung über die Entwicklung im Bildungswesen fallen. Diese fallen aber nun einmal nicht an der Hochschule selbst, sondern in den Wissenschaftsgremien des Staates und der Wirtschaft, wobei die Monopole steuernd eingreifen, indem sie sowohl an den Wissenschaftsausschüssen des Staates (durch Vertreter des Konzernmanagements) wie auch im Wissenschaftsrat und ähnlichen Institutionen beteiligt sind und über ihre eigenen Gremien (so z. B. das neu gegründete „Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung“) die Bildungspolitik des Staates in ihre Richtung lenken.

Weit entscheidender jedoch ist die Tatsache, daß selbst wenn in unserem Gesellschaftssystem eine Regierung die Prioritäten anders setzen wollte, sie die Misere im Bildungswesen nicht grundlegend lösen könnte, denn nicht sie, sondern die „freien Unternehmer“ (vor allem die Monopole) entscheiden aufgrund des Privateigentums an Produktionsmitteln eigenständig über ihre Investitionspläne im Interesse des Profits. Die Regierung müßte bei Beschaffung der nötigen Mittel entweder auf Profiterschmälerung der Monopole oder auf Konsumverzicht der arbeitenden Bevölkerung zurückgreifen, könnte jedoch nicht die Entwicklung der Wirtschaft, Art und Zielsetzung der Produktion den politischen Prioritäten gemäß ausrichten.

Das Dilemma der sozialliberalen Regierung besteht darin, daß sie lediglich die Wahl hat, bei der Bildungsfinanzierung entweder gegen die Monopole oder gegen die arbeitende Bevölkerung vorzugehen. Lediglich kurzfristig kann sie sich

durch Studienrationalisierung, Verschulung und freiwillige Bildungsanleihe vor einer eindeutigen Entscheidung nach außen hin drücken. Dann aber, etwa 1974, wird sie nach Worten Leussinks mit Steuererhöhungen für die breite Masse der Bevölkerung aufwarten, wenn es nicht der demokratisch sozialistischen Bewegung gelingt, diese Pläne zu verhindern und die Regierung zu einem Kurswechsel zu zwingen. Eine tatsächliche Bildungsplanung im Interesse der Bevölkerung wird erst möglich, wenn die Planung der Produktion nach Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln im Interesse der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung und nicht denen des Profits geschieht, wobei diese Bedürfnisse jeweils konkret zu bestimmen sein werden, wie dies schon gegenwärtig in den Forderungen der demokratischen Bewegung seinen Ausdruck findet.

Es handelt sich also nicht um eine Utopie, die die Studentenbewegung anstrebt, sondern lediglich darum, daß sie in Erkenntnis der Systembedingtheit der wesentlichen Widersprüche im Bildungswesen nicht nur an Erscheinungsformen herumdoktern, sondern die Lösung dieser Widersprüche im wahrsten Sinne des Wortes „radikal“, d. h. an die Wurzeln gehend, anstrebt. Da dies jedoch nicht möglich ist, ohne eine breite Bewegung im wichtigsten gesellschaftlichen Bereich, der Produktions-sphäre, über die die Arbeiterklasse den größten Druck auf die Monopole ausüben kann, muß die Studentenbewegung sich einordnen in den Kampf aller an demokratischer, antimonopolistischer Politik orientierter Kräfte in der gesamten Gesellschaft.

Diese übergreifende Perspektive bedeutet nicht, daß die Studentenbewegung lediglich abstrakte Agitation gegen den Spätkapitalismus betreiben mußte, Zerstörung beabsichtige und Dogmen huldige. Solches behaupten lediglich diejenigen, die sozialistische Theorie nie begriffen haben und nicht sehen,

daß die demokratische Studentenbewegung an den Hochschulen das Bestehende zu verändern, nicht zu zerstören sucht, um demokratische Bildungsinhalte und — diesem Ziel entsprechend — neue Formen der Wissensaneignung durchzusetzen, die kritisches Studium begünstigen sollen. Solcherlei Bestrebungen verneinen nicht „formaldemokratische“ Reformen, wie z. B. Erweiterung des Lehrkörpers oder Einführung studentischer AGs, sondern ordnen sie ein in eine umfassende, die Ursachen der Bildungsmisere im kapitalistischen Gesellschaftssystem begreifende Strategie.

Diese Gedankenführung liest sich in der Sprache der „Verteidiger der Wissenschaft“ wie folgt: „Aber der entscheidende Tatbestand ist, daß dieser Prozeß einer notwendigen und unaufhaltsamen Demokratisierung von einem anderen Begriff der Demokratisierung begleitet, überholt und verdorben worden ist, der die Wissenschaft einem fremden Gesetz unterwirft, dem Gesetz der Verpflichtung auf die Parteilinie in einer angeblichen Weltauseinandersetzung zwischen dem Guten und Bösen. Selbst wenn dieser pseudoreligiöse Impuls nicht mit allen Undurchsichtigkeiten einer



H. Schmidt-Vockenhausen

modernen Jugendbewegung mit unreflektiertem Machtwillen und dem Wunsch nach Selbstdarstellung verwickelt wäre, würde er für die Wissenschaft zerstörend sein, denn sie kann nur existieren, solange kein Dogma im voraus festliegt, was das Gute und was das Böse ist. Daher hat der Marxismus einen legitimen Platz an der Hochschule, sofern er sich als selbstkritische Methode der Erkenntnis versteht, nicht dagegen als fanatischer Anspruch auf Alleinbesitz der Wahrheit oder gar als militanter Aktionismus.“

Sieht man davon ab, daß die Gründungsaufträge die politischen Konflikte auf eine Ebene bringen, die rationale Diskussion nur schwer ermöglicht, so zeigt dieses Zitat doch ziemlich klar die Hauptstoßrichtung der Reaktionäre gegen den Marxismus als die Wissenschaft, die den objektiven Interessen der Arbeiterklasse entspricht. Dabei wird unterstellt, daß die Studenten von vornherein quasi als religiöse Fanatiker den Marxismus dogmatisch in einer „Weltauseinandersetzung des Guten und des Bösen“ für das Gute hielten und aus diesem Motiv heraus seine Durchsetzung erkämpfen wollten. Zwar treten innerhalb der Studentenbewegung auch ultralinke Tendenzen auf — wesentlich bedingt durch die soziale Herkunft der überwiegenden Mehrheit der Studenten aus dem Kleinbürgertum — doch heißt es reinster Demagogie huldigen, solche Tendenzen mit der demokratisch-sozialistischen Bewegung gleichzusetzen und auf diese Weise — Erscheinungsformen zum Vorwand nehmend — deren politische Zielsetzung zu übergehen.

Vollends unsinnig wirkt der Vorwurf, die Marxisten würden Dogmen verfechten, da allein der Marxismus als Wissenschaft neuen Erkenntnissen und deren Verarbeitung auf materialistischer Grundlage völlig offen ist und in diesem Sinne keinerlei Dogmen kennt. Anders jedoch die bürgerliche Apologetik der bestehenden Gesellschaftsordnung, die — wie auch die Verfasser des Gründungsauftrags — davon ausgeht, daß „die Institution, Staatsform oder gesellschaftliche Ordnung in ihrer Substanz erhalten bleiben soll“, wobei verschwiegen wird, was diese Substanz nun eigentlich ist.

Nur zu deutlich benutzen die Freiheitsverteidiger bestimmte, durch die Manipulation und Indoktrination gängig gewordene Schlagworte, um sich um die Frage herumzudrücken, wer denn eigentlich in den Berufungsverhandlungen und -kommissionen, in den Professorenregimenten und anderswo die Errichtung marxistischer Lehrstühle oder auch nur die Berufung progressiver bürgerlicher Professoren verhindert. Gern sagen sie, daß der Marxismus als „selbstkritische Methode der Erkenntnis“ zugelassen sein solle, nur daß dieser gleiche Marxismus dann auch Ergebnisse liefert und in Erkenntnis bestimmter gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten auch aktives Handeln zur Veränderung der Gesellschaft und ihrer einzelnen Teilbereiche erfordert, verschweigen sie. Im Gegenteil, das gilt es ja nach ihrer Zielsetzung zu verhindern. Oder betreibt etwa der Marxologe Löwenthal im Auftrag des Pentagonus „selbstkritischen Marxismus“?

Die Zielsetzung des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“

Nachdem sie durch ihre im Sinne des Großkapitals ideologisch schon fast matt getriebene Brille die Vorgänge an der Universität „analysiert“ und den Hauptfeind ausgemacht haben, lassen sie die Katze aus dem Sack: „Der Bund Freiheit der Wissenschaft soll ein Zusammenschluß derjenigen sein, die sich des untrennbaren Zusammenhangs von Freiheit der Wissenschaft und freier Willkür Demokratie bewußt sind. Grundvoraussetzung der Freiheit der Wissenschaft aber ist, daß ausschließliche Wissenschaftler darüber entscheiden, wer als Wissenschaftler anerkannt wird. Die wichtigste Forderung des Bundes Freiheit der Wissenschaft ist daher die Sicherung der staatlich kontrollierten Selbstbestimmung der im Zuge der Demokratisierung erweiterten Lehrkörper in allen Fragen der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Qualifizierung... Es versteht sich, daß bei der Festsetzung der Anforderungen professioneller Qualifizierung die Mitwirkung der staatlichen Organe und der betroffenen gesellschaftlichen Gruppen von der Sache her notwendig ist und daß sich für die Mitwirkung der Studenten, vor allem in Fragen der Didaktik und der studentischen Arbeitsbedingungen, eine Fülle von Möglichkeiten anbietet.

Studentische Mitbestimmung im eigentlichen Sinne des Wortes soll durch Mitwirkung abgewehrt werden, reale Einflußmöglichkeiten auf die Bestimmung der Lehrinhalte und -formen soll es nicht geben. Den Studenten, die immer noch an die „reine und wahre Wissenschaft“ glauben und „unseren Wissenschaftlern“ vertrauen, sei empfohlen, sich einmal genau über die braunen Professoren an unserer und anderen Universitäten beim ASTA zu erkundigen. Dann wird ihnen auch klar, was es mit folgendem Satz des Gründungsauftrags auf sich hat: „Die Forschung darf weder von ideologisierten Gruppen noch von Einzelinteressen noch von der Tagespolitik in Pflicht genommen werden; die Forschung soll sich aber verstehen als Dienst an der Gesellschaft.“ Wobei hier unter Dienst an der Gesellschaft Dienst an den Monopolen zu verstehen ist.

Im Interesse von Rüstung und Profit sollen die Universitäten weiter im Geheimen vor sich hin forschen, da offensichtlich die Art der Forschung das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. Der Studentenbewegung wirft man vor, sie erkläre nicht, was „Gesellschaft“ und „Relevanz“ bedeuten, dies werde nicht „wissenschaftlich“ untersucht, sondern dogmatisch fest-



G. Schröder

gesetzt, die Gründungsaufträge selbst verschleiern jedoch, daß sie unter „Gesellschaft“ mal Monopole, mal arbeitende Bevölkerung verstehen, gerade wie es ihnen in den Kram paßt. Und so enden denn die Verteidiger der Freiheit der Wissenschaft, mit dem Aufruf:

„Wir hoffen, daß unser ganzes politisches Leben neue Impulse erhalten wird, sobald die Bedeutung und die Gefährlichkeit des unerwarteten Angriffs, der an den Hochschulen begonnen hat, sich aber nicht auf die Hochschulen beschränkt, ins öffentliche Bewußtsein gedrungen sind. Wir bitten alle Staatsbürger um ihre Unterstützung, die nicht tatenlos zusehen wollen, wenn mit der fragilen seiner Institutionen auch der Staat ins Schwanken gerät, der trotz aller seiner Schwächen die feste Basis aller künftigen Entwicklungen sein muß.“

Die Zielsetzung ist klar: Durch ideologische Indoktrination auf völlig irrationaler Basis soll in der Bevölkerung die Meinungsmache dafür angekurbelt werden, daß die geplante weitere Hochschulreform gegen den Widerstand der direkt Betroffenen (Studenten, Assistenten und einige Professoren) früher oder später endgültig vollzogen werden kann.

Diesem ideologischen Formierungsgriff müssen alle demokratischen Kräfte gemeinsam begegnen. Es kennzeichnet den jetzigen kompromißfertigen Kurs der sozialliberalen Regierung, daß sie die Bildung des Rechtskartells an den Hochschulen ungehindert zuläßt, wenn nicht sogar begünstigt. Für die Studentenbewegung gilt in weit höherem Maße als bisher: Der Feind steht rechts.

Robert Farle (Spartakus)

## Chile - ein neues Cuba?

Der Sieg des Kandidaten der „Unidad Popular“ (Volksfront), Dr. Salvador Allende, bei den chilenischen Präsidentschaftswahlen am 4. September, seine endgültige Wahl durch Kongreß und Senat am 24. Oktober mit 153 von 200 Stimmen stellen einen gewaltigen Sieg der antiimperialistischen Kräfte dar. In der Tat eröffnet die Präsidentschaft Allendes, gestützt auf die von der „Unidad Popular“ und der Kommunistischen Partei Chiles angeführte Massenbewegung, große Möglichkeiten zur Veränderung der Besitz- und Machtverhältnisse und zur Einleitung der sozialistischen Revolution in Chile.

Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen

Chile gehört zu den ökonomisch am weitesten entwickelten Ländern Lateinamerikas. Sein Reichtum ist das Kupfer. Schätzungsweise verfügt es über 34 Prozent der Weltkupfervorräte und ist der zweitgrößte Kupferexporteur der Welt. Weiterhin gibt es große Vorkommen an Molybdän, Eisenerz und Salpeter (dessen Bedeutung allerdings zurückgeht), sowie an Kohle und Erdöl.

Das Kupfer, das 3/4 der Devisenerlöse bringt, wird zum größten Teil von USA-Konzernen kontrolliert. Die Anaconda und die Kennecott-Gesellschaft mußten zwar in den letzten Jahren je 51 Prozent ihrer Aktien dem Staat überlassen, erhielten dafür aber 200 Mill. bzw. 80 Mill. US-Dollar Entschädigung.

Im chilenischen Bergbau sind etwa 1 Mrd. US-Dollar ausländisches Kapital investiert; mindestens 4 Mrd. US-Dollar des Nationalinkommens wurden bisher allein von den USA-Konzernen außer Land gebracht.

Die Landwirtschaft trägt rund 16 Prozent zum Nationaleinkommen bei, wobei nur 2 Prozent der Gesamtfläche des Landes landwirtschaftlich genutzt werden. Zu neun Zehnteln gehört das nutzbare Land aber Großgrundbesitzern, die weite Flächen brachliegen lassen, so daß Chile landwirtschaftliche Produkte sogar einführen muß.

Die 1965 beschlossene Bodenreform ist in den Anfängen stecken geblieben. Statt, wie geplant, 100 000 erhielten nur 23 000 landlose Bauern ein eigenes Stück Land zugewiesen.

Polizei und Terrorbanden der Latifundistas gingen wiederholt gewaltsam gegen Bauern vor, die brachliegende Länder besetzt hatten.

Großkapitalistische Wirtschaftspolitik in der Industrie, halbfeudale Ausbeutung auf dem Lande und ausländische Ausplünderung der chilenischen Wirtschaft vor allem durch USA-Monopole haben in Chile zu einer chronischen Krise geführt. Die Industrieproduktion stieg in den letzten Jahren nur noch um durchschnittlich 1,1 Prozent jährlich bei einem Bevölkerungszuwachs von 2,4 Prozent.

Mit 1,3 Mrd. US-Dollar hat Chile die größte Auslandsverschuldung der Welt pro Kopf der Bevölkerung. Die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung stiegen allein 1969 nach offiziellen Angaben um 29,3 Prozent. Wegen der permanenten Inflation mußte der Escudo seit Kriegsende 20mal abgewertet werden.

Die aktuelle Lage

Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen spiegelt die Polarisierung der Klassenkräfte wider. Mehr als ein Drittel der chilenischen Wähler (die Jugend und die Analphabeten sind zur Wahl nicht zugelassen) entschieden sich für das Programm der „Unidad Popular“, das grundlegende Veränderungen im ganzen Land vorsieht: „Die einzige Alternative für das Volk und eine Volksregierung besteht darin, die Herrschaft der Imperialisten, der Monopole, der Oligarchie der Großgrundbesitzer zu beseitigen und den Aufbau des Sozialismus in Chile in Angriff zu nehmen“, heißt es darin. Die Arbeiterklasse sei stark genug geworden, den progressiven Kräften bei der Beseitigung der gegenwärtigen Machtverhältnisse voranzuschreiten. Der Staatsapparat, der bisher ein Instrument zur Unterdrückung des Volkes war, müsse umfassend demokratisiert werden. Nach der Entmachtung des Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer soll eine Wirtschaftsplanung eingeführt und sollen die Grundindustrien und Banken nationalisiert werden. Unverzüglich werde die Agrarreform verwirklicht, für die soziale Sicherstellung aller Bevölkerungsschichten gesorgt und das Bildungsprivileg gebrochen. Die Außenpolitik einer chilenischen Volksregierung werde antiimperialistisch sein und die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes festigen. Die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern sollen erweitert und vertieft werden.

Das Auftreten der Reaktion („Nationalpartei“) und ihres Kandidaten Alessandri schon während des Wahlkampfes machte deutlich, wel-

che Gefahr sich die Großgrundbesitzer, die Kompradoren und die US-Monopole von Allendes Sieg erwarten. Mit der demagogischen Losung „Arbeit-Ordnung-Sicherheit“ und wütendem Antikommunismus steuerte Alessandri eine Verfassungsreform und quasi diktatorische Vollmachten an. Obwohl erst im Oktober 1969 ein Militärputsch durch einen 36stündigen Generalstreik unter kommunistischer Führung im Keime erstickt worden war, wurden neue Staatsstreichgerüchte in Umlauf gebracht.

Allein die Massenbewegung, die die Amtübernahme von Allende ermöglichte, und die Kampfbereitschaft der chilenischen Arbeiterklasse garantieren, daß ein Putsch oder gar eine Invasion von Argentinien aus zum Scheitern verurteilt ist.

Mit den Ereignissen in Chile wird eklatant die Richtigkeit der politischen Strategie der südamerikanischen marxistischen Linken erwiesen, nämlich auf der Grundlage einer breiten Aktionseinheit auf möglichst friedlichem Wege an die Macht zu gelangen. Dabei schließt man keineswegs die Möglichkeit des bewaffneten Kampfes a priori aus, wie eine Erklärung der KP Chiles zeigt: „Wenn die Guerillas unter den Bedingungen, wie sie unser Land erlebt, eine reale und effektive Lösung wären, dann würden wir Kommunisten nicht unsere Zeit mit Worten vergeuden. Aber in der gegenwärtigen Situation stellen Guerillas keinen Ausweg dar.“

Auch wird sich die neue Volksregierung überlegen müssen, wie sie durch Bewaffnung der chilenischen Arbeiterklasse möglichen Aktionen der Reaktion entgegenzutreten kann. Die Kommunisten Chiles stützen sich nicht auf freischwebende Guerillas, sondern auf eine proletarische Massenbewegung in den Städten (vor allem die Gewerkschaft CUT, deren Führung sie innehat) sowie auf erfolgversprechende Ansätze einer Bewegung auf dem Lande.

Die einst von Regis Debray (Der Lange Marsch, München 1968, S. 119) proklamierte Überholtheit der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der führenden Rolle des Marxismus für sich befreienden Völker der „3. Welt“ wird auch in Chile in der Praxis eklatant wiederlegt.

Die Werktätigen Chiles haben bisher nur eine Bataille gewonnen, die Revolution müssen sie erst noch machen.

Literatur: Dieter Boris, Elisabeth Boris, Wolfgang Ehrhardt, Chile — ein zweites Cuba? Facit-Reihe Nr. 6 (erscheint im Dez. Zu beziehen über den Spartakus-Büchertisch, mittwochs, Mensa).



# Personalratswahlen an der RUB

Der noch amtierende Personalrat hat in den drei Jahren seiner Tätigkeit Anlaß zu erheblicher Kritik gegeben.

„Die Personalratswahl im November 1967 brachte infolge mangelhafter Wahlbeteiligung und bei massiver Unterstützung einer bestimmten Interessengruppe durch Rektor und Kanzler die augenblickliche Zusammensetzung dieses Gremiums, das, ohne echte Einflußmöglichkeiten, sich auf systemkonforme Aktivität beschränkt“, berichtete die BSZ u. a. am 9. 10. 69. Noch vorher veröffentlichte die BSZ am 30. 1. 69 ein Schreiben des Personalratsvorsitzenden an den Rektor, dessen barocker Stil und die damit verbundene, peinlich wirkende Servilität kennzeichnend für die Haltung der derzeitigen Personalratsmehrheit ist.

## UNZUFRIEDENHEIT

Erstmals äußerte sich die Unzufriedenheit der nichtwissenschaftlichen Mitglieder der RUB spontan, als ein großer Teil der Teilnehmer der Personalversammlung am 10. 12. 68 während der Rede der PR-Vorsitzenden den Saal demonstrativ und unter Protest verließ und erst nach Beendigung derselben wieder zurückkehrte (BSZ v. 19. 12. 68).

Die wachsende Unzufriedenheit der nichtwissenschaftlichen Mitglieder der RUB veranlaßte die Gewerkschaft ÖTV, in einer Fragebogenaktion Erhebungen zur Situation der Beschäftigten anzustellen.

Wenige Tage später erschien eine Stellungnahme des Personalrates der Ruhr-Universität Bochum zu dem Rundschreiben der Gewerkschaft ÖTV - Kreisverwaltung Bochum-Wattenscheid, Abteilung Ruhr-Universität Bochum: Der Personalrat der Ruhr-Universität Bochum hat von der Fragebogen-

Personalratswahlen an der Ruhr-Universität fanden bisher stets weitgehend unbeachtet von der universitären Öffentlichkeit statt. Seitdem nun infolge der Initiativen der sehr aktiven ÖTV-Abt. RUB die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter als gleichberechtigte Mitglieder der Hochschule anerkannt und an den Selbstverwaltungsorganen beteiligt wurden, können die nun bevorstehenden Personalratswahlen an der RUB des Interesses einer breiteren Öffentlichkeit sicher sein.

aktion der Gewerkschaft ÖTV innerhalb der Ruhr-Universität Kenntnis erhalten.

Er legt Wert auf die Feststellung, daß der Personalrat an dieser Aktion nicht mitgewirkt hat und sie auch nicht seiner Initiative entspringt.

Der Personalrat erklärt ferner ausdrücklich, daß er sich ständig bemüht hat — und dies wird auch in Zukunft der Fall sein — seine Arbeit gegenüber jedermann entsprechend den geltenden Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes Nordrhein-Westfalen sowie den sonstigen Gesetzen, Verordnungen, Erlassen und Tarifverträgen zu erfüllen (Vgl. §§ 54 Abs. 1, 55 LPVG).

Der Personalrat fühlt sich jederzeit der Wahrung des Arbeitsfriedens innerhalb der Ruhr-Universität Bochum verpflichtet.

Bochum, den 24. September 1969.

gez. Dr. Horst Röhling  
(Vorsitzender des Personalrates)

Empfänger dieser hektographierten „Stellungnahme“ waren die nichtwissenschaftlichen Mitglieder der RUB, von denen viele die plötzliche Aktivität des Personalrates bestaunten.

## MANGELNDE AKTIVITÄT

Auf Betreiben der DAG-Dame Armgard Seher fand die erste Sondersitzung des Personalrates in dieser Legislaturperiode (1967—70) statt, die dann mit o. a. Stellungnahme endete, die unverständlich erscheinen mußte, da der Personalrat sich darin gegen Vorwürfe ver-

teidigen zu müssen glaubte, die niemand erhoben hatte.

Vorausgegangen war wenige Tage zuvor eine Fragebogenaktion der Gewerkschaft ÖTV, Abt. Ruhr-Universität, in deren Rahmen zwei Fragen die Arbeit des Personalrates betrafen. Diese Fragen lauteten: „Welche Erfahrungen haben Sie mit der Tätigkeit des Personalrates gemacht?“ und „Welche Vorschläge haben Sie für die Tätigkeit des Personalrates?“ BSZ v. 9. 10. 69.

Diese neutralen Fragen müssen dem Personalrat aus dem Konzept gebracht haben, denn anders läßt sich diese spektakuläre Sondersitzung mit abschließender Stellungnahme nicht erklären.

Tatsächlich richtete sich die Kritik der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter der RUB zunehmend gegen die mangelnde Aktivität der Personalratsmehrheit, gegen die eine aktive Minderheit sich häufig genug nicht durchsetzen konnte. Der besondere Einsatz des PR-Mitgliedes W. Baese (ÖTV) bei der Erstellung der „Denkschrift zur Situation des technischen Personals an der RUB“ fiel erheblich aus dem Rahmen der gewohnten PR-Tätigkeit heraus.

Die Kritik der nichtwissenschaftlichen Mitglieder der RUB ist in folgenden drei Punkten zusammenzufassen:

1. Personalrat ist weitgehend unbekannt geblieben. Es fehlt der Kontakt am Arbeitsplatz (Betriebsbegehungen).
2. Unzureichende Aufklärungsarbeit, fehlende Information der Mitarbeiter.

3. Die Personalversammlungen werden nach wie vor wie Messen „zelebriert“. Die Mitarbeiter werden mit langatmigen Rechenschaftsberichten, statistischem Material u. ä. gelangweilt, obwohl diese Berichte auch schriftlich vorgelegt und dann mündlich in einer Kurzfassung gegeben werden könnten. Durch diese Versammlungsregie wird eine Diskussion über echte Probleme der Personalpolitik schon aus Zeitmangel und aus Mangel an Anknüpfungspunkten unmöglich.

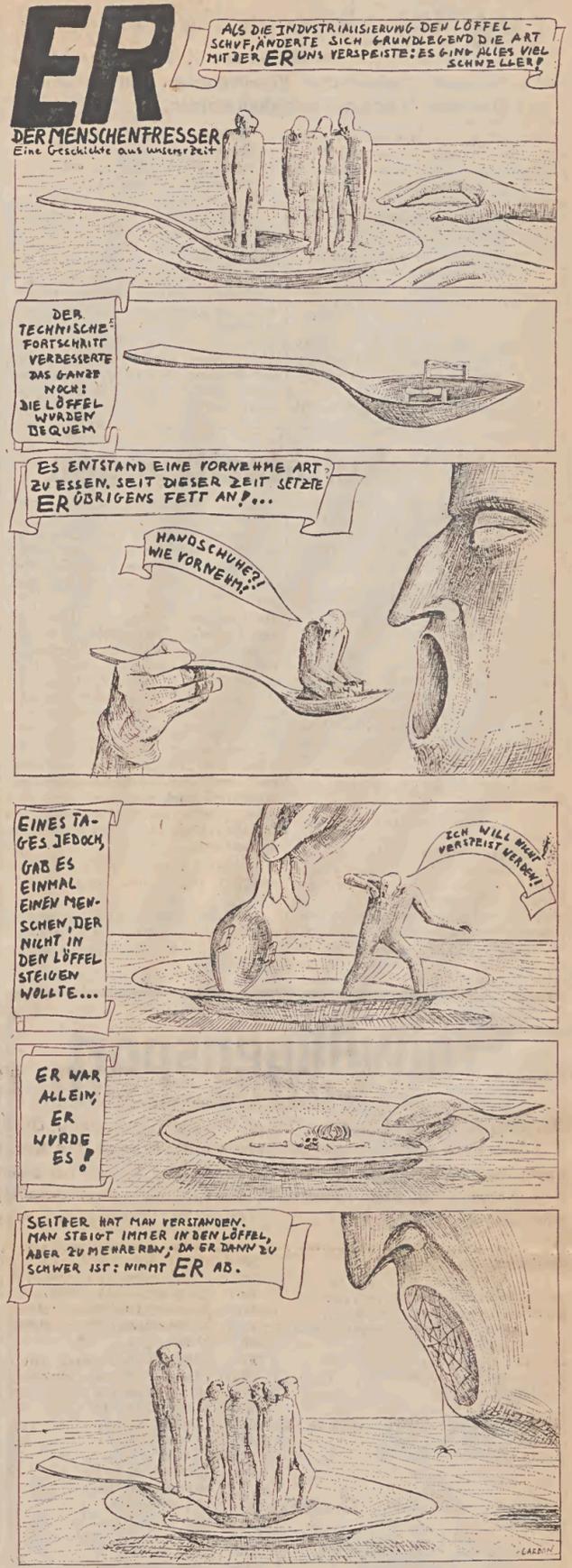
## NEUWAHLEN

Zur Neuwahl des Personalrates am 30. November und 1. Dezember 1970: Für die Gruppe der Angestellten (7 Sitze) kandidiert neben der Gewerkschaft ÖTV (Liste der Angestellten der Abteilungen, Liste der Angestellten in Zentralen Einrichtungen) auch noch die DAG. Erstmals ist eine sogenannte „freie Liste“ Nichtorganisierter nicht mehr aufgestellt worden.

Für die Arbeiter (3 Sitze) hat die Gewerkschaft ÖTV eine Liste aufgestellt. Für die Beamten (3 Sitze) haben die Gewerkschaft ÖTV, der DBB und die DAG Listen aufgestellt.

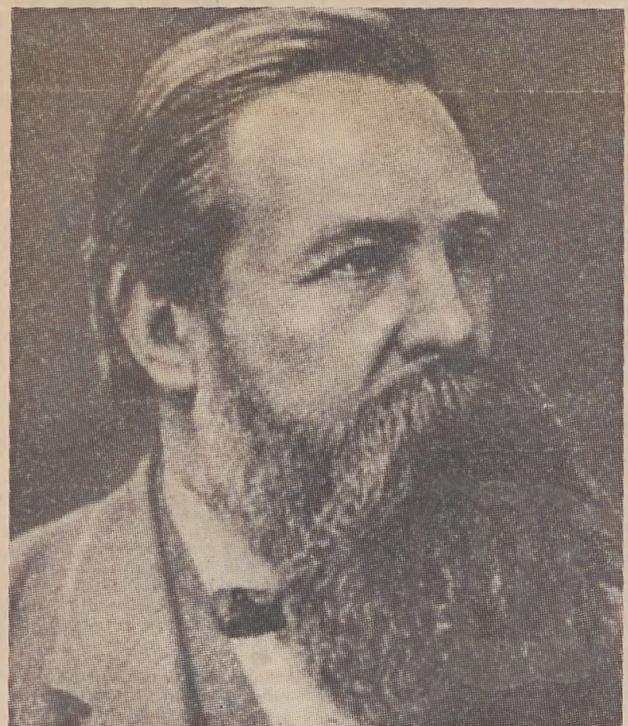
Hierzu haben wir mit Interesse festzustellen, daß die DAG dadurch von ihrem bisher immer so lautstark propagierten Organisationsprinzip, das auch bereits in ihrem Namen zum Ausdruck kommt, abweicht und damit das Organisationsprinzip der Gewerkschaft ÖTV, Angestellte, Arbeiter und Beamte in einer Organisation zu vertreten, das sie bisher so energisch ablehnte, anerkennt.

Es ist zu hoffen, daß die nichtwissenschaftlichen Mitglieder der RUB erkennen, daß eine Zersplitterung nach gruppenegoistischen Richtungen nur den Interessen des Arbeitgebers dient. Sp



# Zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels

Am 28. November jährt sich zum 150. Mal der Geburtstag von Friedrich Engels, dem Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, des Marxismus-Leninismus. Engels als den zusammen mit Lenin von bürgerlicher Seite stets gegen Marx ausgespielten Mitschöpfer des historischen und dialektischen Materialismus „feiern“ ist ein Stück Klassenkampf, genauer: ein Stück theoretischer Klassenkampf. Der Systemcharakter des Marxismus, seine Einheit, aber auch seine Wissenschaftlichkeit, sein revolutionärer Charakter, seine Anwendbarkeit als Waffe der Arbeiterklasse steht auf dem Spiel. Als Aufgabe steht an: stetige schöpferische Aufarbeitung für die Praxis und nicht leblose Dogmengeschichte. Eigenartigerweise wird letztere haargenau durch diejenigen praktiziert, welche sich so lauthals gegen Dogmen wenden, nämlich die bürgerlichen Marxologen. Sie kommen über Marx-, Engels-, Lenin-Philologie nicht hinaus. Im Folgenden daher einiges zur gängigen westdeutschen Engels-Verfälschung.



Besonders hervorgeraten bei der Verfälschung des Engels'schen Beitrags zum Marxismus hat sich Iring Fetscher, der gewissermaßen zum Prototyp „aufgeklärter“ Marx-Kritik geworden ist. Er brachte eine vielbeachtete Marx-Engels-Studienausgabe (Fischer Verlag) heraus, in der unter anderem einige Frühschriften von Marx und einige spätere Arbeiten von Engels eklektizistisch fehlinterpretiert und zum Anlaß genommen werden, um Widersprüche zwischen Marx einerseits und Engels und Lenin andererseits zu konstruieren.

Zunächst einmal behauptet Fetscher, „daß durch Engels' verkürzte (wenn auch nicht überall verkürzte) Auffassung der Dialektik und deren Übertragung auf die Deutung der Natur und naturwissenschaftlicher Erkenntnisse der Weg für den Lenin-Stalin'schen Dialektik“ geebnet wurde. „Naturphilosophischer Dilettantismus“ (Anti-Dühring) und „einseitig ökonomischer Determinismus“ (Ursprung der Familie) sind die zusätzlichen Thesen.

Ohne nun inhaltlich auf die Naturdialektik des Marxismus eingehen zu können, soll hier kurz die Unsinnigkeit des von Fetscher konstruierten Gegensatzes aufgezeigt werden. Was Marx betrifft, so genügt hier die Erwähnung der Tatsache, daß Marx jedes Wort im „Anti-Dühring“ kannte und billigte, daß er das 10. Kapitel dieses

Buches selbst schrieb und in einem Vorwort betonte, daß es sich bei diesem Werk „gewissermaßen um eine Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus“ handele... Auch existieren inzwischen mehrere wissenschaftliche Arbeiten (z. B. Robert Steigerwald, Herbert Marcuse, „Dritter Weg“, Pahl-Rugenstein-Verlag), die nachweisen, daß die wesentlichen Elemente von Engels' Dialektik der Natur im Grunde im Gesamtwerk von Marx entwickelt sind und daß die These von der objektiven Existenz der Dialektik in Natur und Gesellschaft letztlich Bedingung dafür ist, daß gesetzmäßiger Fortschritt unabhängig und außerhalb des Bewußtseins der menschlichen Individuen stattfindet.

Was nun Engels', „einseitigen ökonomischen Determinismus“ in „Ursprung der Familie...“ angeht, lassen wir Engels am besten selbst zur Frage der ökonomischen Determinierung in letzter Instanz zu Wort kommen: „... wir alle haben zunächst das Hauptgewicht auf die Ableitung der politischen, rechtlichen und sonstigen ideologischen Vorstellungen und die durch diese Vorstellungen vermittelten Handlungen aus den ökonomischen Grundtatsachen gelegt und legen müssen... Es ist die alte Geschichte: im Anfang wird stets die Form über dem Inhalt vernachlässigt, und der Fehler ist immer erst „post festum“ (hinterher) aufgetrieben... Damit zusammen hängt auch die

blödsinnige Vorstellung der Ideologen: weil wir den verschiedenen ideologischen Sphären, die in der Geschichte eine Rolle spielen, eine selbständige historische Entwicklung absprechen, sprechen wir ihnen auch jede historische Wirksamkeit ab. Es liegt hier die ordinäre undialektische Vorstellung von Ursache und Wirkung als starr einander entgegengesetzter Pole zugrunde, die absolute Vergessung der Wechselwirkung. Daß ein historisches Moment, sobald es einmal durch andere, schließlich ökonomische Ursachen, in die Welt gesetzt, nun auch reagiert, auf seine Umgebung und selbst seine eigenen Ursachen zurückwirken kann, vergessen diese Herren oft fast absichtlich.“ (Brief an Mehring, v. 14. 7. 1893).

Einen weiteren Ansatzpunkt zur Verfälschung von Engels findet Fetscher in dessen letzter Arbeit, der Einleitung zur Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“. Fetscher behauptet, daß Engels hier die „Überlegenheit des friedlichen Kampfes mit dem Stimmrecht“ betont und die parlamentarische Demokratie nicht nur als die optimale politische Voraussetzung für den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, sondern sogar als die politische Form für die nachrevolutionäre Zeit bezeichnet habe. Er stehe damit deutlich im Gegensatz zu Marx wie auch Lenin, die beide von der Commune-Verfassung ausgegangen seien.

Zunächst einmal verschweigt Fetscher, unter welchen Bedingungen diese letzte Engels'sche Arbeit zustande kam und wie sie von den Opportunisten entstellt wurde. Bei der Veröffentlichung seiner „Einleitung“ war Engels gezwungen, auf die Meinung der Parteiführung in Deutschland Rücksicht zu nehmen, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung für ein erneutes Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten von ihm verlangte, der Arbeit eine mildere, vorsichtiger Fassung zu geben. Daß eine solche mildere Fassung Engels selbst nicht behagte, zeigt ein Brief an Kautzky vom 25. März 1895, in dem er schreibt: „Mein Text hat einiges gelitten unter unzumutbar furchtsamen Bedenken unserer Berliner Freunde, denen ich unter diesen Umständen wohl Rechnung tragen mußte.“ Einige Führer der deutschen Sozialdemokratie begnügten sich jedoch mit dieser Abmilderung der Engels'schen Fassung nicht. Sie veröffentlichten im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der SPD, einen demartig zurechtgestutzten Auszug, daß Engels — wie er empört an Kautzky schrieb — als friedfertiger Anbeter der Gesetzlichkeit dargestellt wurde.

Wenn Fetscher die Dinge so darzustellen versucht, als habe sich Engels mit der Unterstützung friedlicher Formen des revolutionären Kampfes von Marx und von der Diktatur des Proletariats distanziert, so muß man ihn darauf hinweisen, daß Marx keineswegs

einen endgültigen Gegensatz von Diktatur des Proletariats und friedlicher Entwicklung annahm: „Der Arbeiter muß eines Tages die politische Gewalt ergreifen, um die neue Organisation der Arbeit aufzubauen... Aber wir haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem Ziel zu gelangen, überall dieselben seien.“

Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und die Traditionen der verschiedenen Länder berücksichtigen muß, und wir leugnen nicht, daß es Länder gibt, wie Amerika, England... wo die Arbeiter auf friedlichem Weg zu ihrem Ziel gelangen können. Wenn das wahr ist, so müssen wir auch erkennen, daß in den meisten Ländern des Kontinents der Hebel unserer Revolution die Gewalt sein muß...“ (MEW, Bd. 18, S. 160).

Unabhängig von der konkreten Einschätzung von Marx (über Amerika und England usw.), kann man zumindest sagen, daß der von Fetscher konstruierte Gegensatz hier dokumentarisch widerlegt ist.

Die wesentliche Verfälschung von seiten bürgerlicher Marx-Fötter besteht in der These, erst Lenin habe die Frage der straff organisierten Partei des Proletariats aufgeworfen. Auch wenn richtig ist, daß erst Lenin diese Frage umfassend beantwortet hat, weil sich ihm das Problem in zugespitzter Form stellte, so widerspricht doch diese These dem praktischen Kampf, den Marx und Engels zeit ihres Lebens für die Organisation der Arbeiterklasse geführt haben. Engels selbst schrieb in einem seiner letzten Werke: „Damit am Tage der Entscheidung das Proletariat stark genug ist, zu siegen, ist es nötig — und das haben Marx und ich seit 1847 vertreten —, daß es eine besondere Partei bildet, getrennt von allen anderen und ihnen entgegen gesetzt, eine selbstbewußte Klassenpartei.“ (MEW, Bd. 37, S. 326).

Marx und Engels haben die Lehre von der Partei im Zusammenhang mit den konkreten Bedingungen des Klassenkampfes, im Zusammenhang mit der Herausbildung der Möglichkeiten und der wachsenden Notwendigkeit für eine selbständige proletarische Partei entwickelt. Lenin hat diese Lehre unter den Bedingungen des Imperialismus dann weiterentwickelt.

Zum Abschluß bleibt zu sagen, daß der Kampf gegen bürgerliche, marxologische Versuche den wissenschaftlichen Sozialismus in einem theoretischen „roll-back“ zu verfälschen, ihn aufzuweichen oder wesensfremde Inhalte in ihn hineinzutragen wachsende Bedeutung zukommt. Ideologischer Kampf in diesem Zusammenhang ist gleichzeitig Kampf gegen den bürgerlichen Antikommunismus und seinen Zwillings den Antisowjetismus. Besonders an den Hochschulen, wo die exponiertesten Ideologielieferanten des Systems arbeiten ist dieser Kampf unmittelbarer Bestandteil der politischen Praxis.

# Kalten Krieg beenden

Angeregt durch die Deutsche Friedens-Union wenden sich zahlreiche Persönlichkeiten aus Nordrhein-Westfalen mit folgendem Appell an den NRW-Kultusminister und alle im Schul- und Bildungswesen Tätigen:

Die Unterzeichnung des Vertrages über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wird mit Recht als ein bedeutsames Ereignis europäischer Nachkriegsentwicklung angesehen. Dieser Vertrag muß jetzt, wie auch Bundeskanzler Brandt sagt, mit Leben gefüllt werden. Daran müssen alle mitwirken, die an Versöhnung, Entspannung und Sicherheit in Europa interessiert sind.

Ausgehend von der in Artikel 3 des Vertrages festgelegten Unverletzlichkeit der gegenwärtigen Grenzen — einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik — sollte nunmehr mit der öffentlichen Propaganda gegen diese Grenzen und der Forderung nach ihrer Revision im Schulunterricht und in der Erwachsenenbildung endgültig Schluß gemacht werden.

Seit Jahren wenden sich verantwortliche Pädagogen gegen die Diskriminierung der östlichen Nach-

barn in den Lehrbüchern und im Unterricht unserer Schulen sowie in bestimmten Vortragsreihen bei einigen Volkshochschulen unseres Landes. Diese Diskriminierung widerspricht sowohl dem Wortlaut als auch dem Geist des von Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel unterzeichneten Vertrages. Statt dessen sollte der Artikel 7 (2) der NRW-Landesverfassung realisiert werden: „Die Jugend soll erzogen werden im Geiste der Menschlichkeit, der Demokratie und der Freiheit, zur Duldsamkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, in Liebe zu Volk und Heimat, zur Völkergemeinschaft und Friedensgesinnung.“

„Wir wenden uns an Sie, sehr geehrter Herr Minister, sowie an alle im Schulwesen und in der Erwachsenenbildung unseres Landes Tätigen, dafür zu sorgen, daß in den öffentlichen Bildungseinrichtungen Nordrhein-Westfalens nicht länger gegen die Verfassung und gegen den Geist des Moskauer Vertrages gelehrt wird.“

Diese Resolution wurde u. a. auch vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität Bochum unterzeichnet.

**Contacta Institut**  
Bochum Kortumstr. 45 I. Etage  
Anpassung unsichtbarer Augengläser  
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstinsen  
des bewährten Systems Müller-Welt

# Schwarze Bretter

Die schwarzen Bretter in der Mensa der RUB - vorgesehen für Ankündigungen studentischer Vereinigungen und für studentische Aushänge - sind neu vergeben worden.

Die schwarzen Bretter für studentische Vereinigungen und Veranstaltungen sind fest zugeteilt; wer eine Aushangfläche wünscht, möchte sich mit dem Asta in Verbindung setzen; wild gehängte Plakate werden entfernt.

Für studentische Aushänge sind 8 schwarze Bretter vorgesehen und zwar je 4 Bretter neben der Cafeteria im Mensa-Foyer und im Ostausgang (neben der Herrentoilette).

Diese schwarzen Bretter werden eingeteilt in folgende Kategorien: - Kaufgesuche (2) - Verkaufsangebote (2) - Wohnungssuche und -angebote (1)

- Mitfahrgelegenheiten (1)
- Bekanntschaften u.a. (1)
- Sonstiges (Nachhilfestunden, Schreibarbeiten u.a.) (1)

Es wird dringend darum gebeten, 1. die Aushänge an die richtigen Bretter zu hängen und 2. die Zettel mit dem genauen Datum zu versehen; es hängen z. Zt. noch Zettel von Anfang 1969 an den Brettern. Hierdurch soll es ermöglicht werden, die Aushänge regelmäßig auszumisten und so einen aktuellen Stand zu erhalten. Die Zettel sollen nicht länger als vier Wochen hängen bleiben; - falls erforderlich, muß also ein neuer Aushang gemacht werden.

# Öff. Fakultätssitzungen

nach der vor genau 17 Monaten verabschiedeten universitäts- (sog. „biedenkopf“-)verfassung der rub, soll an stelle der alten fakultät (alle professoren, 2 studenten, 2 assistenten) als entscheidungsgremium der abteilungen eine abteilungsversammlung treten, die zumindestens drittelparitätisch und öffentlich sein soll.

der verfassungsauftrag nach ablösung der fakultäten als überkommene herrschaftsinstrumente der professoren wurde bislang nicht erfüllt; er scheiterte an widerstand der Professoren, die wohl kampflös ihre privilegien nicht aufgeben wollen.

erschreckend ist jedoch, daß z. z. immer noch die meisten fakultäten nicht öffentlich tagen; die zwei studentenvertreter (zumeist gute mauschler) dürfen auch nur bei „studentischen angelegenheiten“ anwesend sein und bekommen zerschnipelte protokolle.

DIESES VÖLLIG UNDEMOKRATISCHE RELIKT SOLLTE UMGEHENDST ABGESCHAFFT WERDEN!!

jeder ordinaris, der glaubt, durch das „rote“ tuch öffentlichkeit in seinen rechten beschnitten zu werden, mag sich bei seinen sonst ja nicht so unbedingt fortschrittlichen juristischen kollegen erkundigen.

die juristische fakultät ließ aus angst vor der öffentlichkeit im januar 1969 mehrfach anberaumte sitzungen platzen, gab dann aber doch nach und würde heute auf die liebgewordene studentische öffentlichkeit bei fakultätssitzungen nur noch ungern verzichten.

denn es ist ein rührendes bild, wenn die „reaktionären professoren“ und die „revolutionären genossen“ von der roten zelle rechtswissenschaften friedlich über eine ausleihordnung diskutieren.

enthaltet dieses glück nicht mehr anderen professoren und studenten!

asta und fachschaften sollten so schnell wie möglich die öffentlichkeit in den fakultätssitzungen durchsetzen.

# 3x Entwicklungshilfe

- Der Schwarze : unsere Brüder danken euch ...
- Drei Weiße : für was?
- Der Schwarze : für den Schlafanzug ...
- 1. Weißer : den mein Volk ...
- 2. Weißer : euch Unterentwickelten ...
- 3. Weißer : geschenkt hat.
- Der Schwarze : eure Güte war aber noch größer, denn ...
- 1. Weißer : wir haben euch auch noch Waffen ...
- 2. Weißer : geschenkt, die euch ...
- 3. Weißer : schlaflose Nächte bereiten.

Für Biafra, Indien usw. werden immer wieder Hilfsaktionen gestartet, die u. a. mit Bildmaterial von ausgehungerten Kindern usw. arbeiten. So werden vollgefressene Wohlständler veranlaßt, Groschen in Sammelbüchsen zu tun, damit die Not der armen Negerkinder gelindert werde. Aber es ist nicht mehr damit getan, solche Geschöpfe nur abzubilden. Man muß sich so ein paar verhungernde Kinder schon irgendwie besorgen, und damit vor die Kaufhäuser gehen und sie dem Volke zeigen, in einem Käfig am besten. Aber nicht nur einen, sondern an die Stücker dreißig bis vierzig. Alles soll ein Gestank sein, und die Leute werden die Kaufhäuser meiden oder auch nicht.

Jedenfalls wird es eine Sensation sein, und die Leute werden die Not hoffentlich wirklich abzuschaffen versuchen. Und nicht mit ein paar Groschen ihr nicht vorhandenes Gewissen beruhigen.

kann man nicht auch zum beispiel napalmleichen so konservieren, daß man sie in einem gläsernen gefäß bzw. in durchsichtigen gefäßen während der hauptverkehrszeit auf den straßen zur schau stellt und dazu schildern aufstellt, wo draufsteht: abgerüstet wär' das nicht passiert! und: wir deutschen müssen eine schlagkräftige verteidigung haben!! zur mittagszeit schleppt man die toten vor die feinen restaurants und nach feierabend vor die bierkneipen. die leute sollen sich doch wirklich einmal echt empören!!! keiner soll mehr beim mittagessen berichte aus vietnam, brasilien usw. lesen können, denn jeder wird wissen, daß es schlimmer ist, als es bilder zeigen können, und vielleicht werden die leute den wahnsinn erkennen, der bis jetzt herrscht und endlich WIRKLICH ETWAS DAGEGEN TUN!!!

**FOTO NIGGEMEYER**

Das vielseitige Fachgeschäft für die Amateur- und Berufsfotografie

463 Bochum - Luisenstraße 12-14 - Borgmannstraße 2  
Telefon (0 23 21) 1 60 84 - Telex 8 25 709

**FOTO-UND FILMFREUNDE**  
werden von uns aufmerksam betreut

# Freedom for Mary Jane

Vor genau einem Jahr veranstaltete die juristische Fachschaft eine Podiumsdiskussion über die Schädlichkeit von Marihuana. Die medizinischen und juristischen Experten sprachen sich damals dafür aus, daß wegen der immer noch nicht festgestellten Schädlichkeit von Haschisch eine Freigabe oder zumindest eine stillschweigende Duldung des Hasch-Rauchens erfolgen sollte, bis 1972 (so hieß es damals) die seit Jahren laufenden Untersuchungen über eine (als einzige noch nicht hundertprozentig ausgeräumte) Erbrägerschädigung abgeschlossen seien.

lediglich kriminalkommissar bork vom rauschgiftdezernat dortmund sprach sich damals gegen diese lokkerung aus; - nicht wegen der schädlichkeit von hasch, sondern lediglich, um das „händlerwesen“ noch bekämpfen zu können.

VON DIESER LIBERALITÄT - DAMALS NOCH IN ALLER MUND - IST HEUTE NICHT IM GERINGSTEN MEHR DIE REDE.

Haschisch und Marihuana - als canabisprodukte, sowieso schon fälschlicherweise unter das opiumgesetz fallend - sollen den bundesdeutschen jugendlichen radikal abgewöhnt werden.

hierzu bietet sich - aber auch allen wissenschaftlichen und empirischen erkenntnissen des strafrechts und des strafvollzugs zuwider - für einen so „demokratischen“ staat wie die brd ein einfaches mittel an: man kriminalisiert die abzugewöhnenden verhaltensweisen und versucht, durch - erschreckende - erhöhungen des strafbmaßes ein inzwischen schon gesellschaftlich fest verankertes verhaltensmuster radikal zu eliminieren, ohne auch nur einen gedanken zu verlieren.

in gesetzentwürfen des bundeskabinetts und der edu/esu-fraktion sind vorgesehen:

- anhebung des strafmaßes von bislang geldstrafe bis drei jahre gefängnis auf nunmehr mindestens ein jahr bis zu zehn jahre gefängnis (das bedeutet wegfall der möglichkeit des aussetzens der strafe zur bewährung);

- ausweitung der tatbestandsvoraussetzungen jetzt auch auf den persönlichen gebrauch von haschisch - während bisher die rauschgiftdezernate die „kleinen fische“ laufen ließen und sogar ein bochumer polizeikommissar studenten kleine gebrauchsmengen anbot, soll nunmehr jeder wie ein verbrecher bestraft werden, der auch nur ein gramm stoff bei sich hat.

WARUM DIESER GESINNUNGSWANDEL?

keineswegs hat sich inzwischen herausgestellt, daß haschisch gesundheitsschädigend oder süchtigmachend ist; im gegenteil ist hasch weniger schädlich, als die seit jahren freigegebene pille.

der grund ist, daß die herrschenden der meinung sind, daß haschisch nur eine umsteigedroge ist

auf opium oder besonders heroin zugegebenermaßen ist fixen selbstmord und sollte nach möglichkeit verhindert werden. doch das schafft man nicht, indem man jugendliche, die haschen, um der mörderischen leistungsgesellschaft zu entgehen, wie verbrecher behandelt.

gleichzeitig muß man aber auch berücksichtigen, daß hasch ein mittel zur endpolitisierung und damit reintegration in die gesellschaft darstellt.

hasch führt genauso (wenig) zu versklavung und umsteigen (wie immer behauptet wird), wie der legalisierte alkohol. daß dennoch eine solche unsinnige gesetzliche verschärfung durchgesetzt werden soll, ist nur damit zu erklären, daß der staat lieber zu faschistischen maßnahmen greift (vgl. gesetze, vorbeugehaft usw.), um gesellschaftliche konflikte zu lösen, als sich um die gründe und hintergründe für die konflikte zu kümmern.

DIE STRAFVERSCHÄRFUNG BEI HASCHISCH ERINNERT NUR ALLZUGUT AN DIE „STRAFRECHTSREFORMEN“ IM DRITTEN REICH; - heil ströbel!

der asta wird sich bemühen, noch im dezember eine großveranstaltung zu diesem problem durchzuführen.

# Clatsch - Tratsch

die parkplatznot wird von linken gruppen befürwortet, damit den studenten ihre eingeezte und hilflose situation einmal mehr klar wird.

alle kartoffeln müßte man haben ... und dann schwein sein!!

spartakus hat die nettesten mädchen, dafür hat der ksb/ml den immer lächelnden mao.

SO IST DAS IM RECHTSSTAAT: für die verbrechen der gesellschaft an den jugendlichen werden die jugendlichen jetzt bestraft.

die leute im shb sind doch nicht alle mit den eisels verwandt oder verschwägert.

DER JUNGE MENSCH MUSS DAVON AUSGEHEN, DASS ALLES, WAS ER SIEHT, VON IDIOTEN GEMACHT IST.

zwischen den g- und m-gebäuden und der mensa wird ein kleinbusverkehr eingerichtet; der fahrpreis soll laut bogestra für die einfache fahrt 2,30 DM nicht übersteigen (rote punkte gibt's im asta). die natur ist so eingerichtet, daß die wirtschaf eine masse an ihr verdient.

klausuren und hausarbeiten dienen dazu, den leistungsstand der studentinnen und studenten festzustellen.

wir sind alle so fest in der freiheitlich demokratischen grundordnung verankert, daß wir uns kaum noch bewegen können.

DEN BESTECKKÄSTEN DER MENSA WERDEN LUPEN BEIGEgeben, DAMIT MAN DAS FLEISCH UNTER DER SOSSE BESSER ERKENNEN KANN.

die federung der autos ist gut, und man merkt nicht, wenn man eine schnecke überfährt, vorausgesetzt, die schnecke ist keine zwei meter groß.

wir werden an der rub alle aus dem osten ferngelenkt . . . auch papalekas

# Freiwilligensport

an der Ruhr-Universität Bochum im Wintersemester 1970/71

Basketball	Stu/Sti/W.M.	Mo	20.00-22.00	Ma I
Boxen	Stu	Di	20.00-22.00	GY
		Do	18.00-20.00	KR
Faustball	Stu/m. USC	Mi	19.00-20.00	Ma
Fechten	Stu/Sti	Mo	19.00-22.00	GY
Fußball	Stu/W.M.	Fr	19.00-20.00	Ma
	Stu	Fr	18.00-19.00	Ma
	Sti	Do	18.00-19.00	Ma I
Gymnastik	Sti/W.M.	Di	18.00-20.00	GY
	Sti	Mo	20.00-22.00	GY
Handball	Stu/W.M.	Do	21.00-22.00	Ma
Hockey	Stu/W.M.	Mi	21.00-22.00	Ma
Judo	Stu/Sti/Anf. + Fortg.	Mi	18.00-20.00	GY
Karate	Stu/Sti	Di	21.00-22.00	Ma II
		Fr	20.00-22.00	Ma I
		Fr	21.00-22.00	KR
Konditions- u. Krafttraining	Stu/Sti	Mo	18.00-20.00	KR
		Mi	18.00-20.00	KR
		Fr	21.00-22.00	KR
Leichtathletik	Stu/Sti/W.M. m. USC	Di	18.00-21.00	Ma
		Do	19.00-21.00	Ma
Reiten	Stu/Sti Anf.	Di, Mi, Do + n.V.	18.00-19.00	Herb
	Fortg.		19.00-20.00	Herb
Rudern	Stu/Wi.-Training	Fr	17.15-18.45	Ma II
Schach	Stu/Sti	Di	18.00-23.00	Gastst. Grunew.
Schwimmen	Stu/Sti/DLRG	Di	19.30-20.30	Nb
	Stu/Sti	Do	20.00-21.00	Ob
	Stu/W.M.	Mi	20.00-21.00	Ma
Tennis	Stu/Sti	Do	18.00-22.00	GY
Tischtennis	Stu/Sti	Do	18.00-22.00	GY
Turnen	Stu/W.M.	Di	20.00-22.00	Ma III
		Do	20.00-22.00	Waldschule
Volleyball	Stu/Sti/W.M.	Mo	20.00-22.00	Ma II-III
	Stu/Sti	Fr	20.00-22.00	Ma II-III

Abkürzungen: GY = Gymnastikhalle d. IFS, Sporthalle Markstr. Herb = Reitanlage „Birkenhof“, Herbede-Durchholz, Deitermannskamp KR = Krafraum des IFS, Sporthalle Markstraße Ma = Sporthalle des IFS an der Markstraße Nb = Nordbad der Stadt Bochum in Gerthe Ob = Ostbad der Stadt Bochum in Langendreer W.M = Wettkampfmannschaft Stu = Studenten Sti = Studentinnen

An Übungsstunden der Wettkampfmannschaften können nur Studenten bzw. Studentinnen teilnehmen, ansonsten jeder Angehörige der RUB. Weitere Auskünfte: Sportreferat der RUB, Overbergstraße 15, Telefon 399/22 95 Sprechstunde: Di 13.00-14.00 Uhr

# IFS in die Sackgasse!

Das Institut für Sportwissenschaften an der Overbergstraße lebt z. Z. mit der hohen Studentenzahl von 700 in den wohl schlimmsten räumlichen Verhältnissen aller Abteilungen der RUB - ein provisorisches Provisorium. Die endgültigen Gebäude fürs IFS werden jedoch wohl erst 1975 fertiggestellt sein; das Raumprogramm wird erst Ende dieses Jahres in Düsseldorf verabschiedet; dann erfolgt eine 2-jährige Planung (die sich mit etwas gutem Willen allerdings um 1 Jahr verringern ließe!); anschließend muß mit einer 2-3-jährigen Bauzeit gerechnet werden.

Jetzt soll das IFS, dessen Provisorium an der Overbergstraße kaum noch einen ordentlichen Lehrbetrieb zuläßt, in ein noch beschissenes Provisorium gesteckt werden: das Sammelgebäude soll umgehend in ein Studentenwohnheim umgerüstet werden (wozu es gebaut wurde); das IFS soll daher - so hat es Herr Seel (Kanzler) beschlossen

- in die Baräcke II einquartiert werden. Hier könnten allerdings, nicht die Bücherei, die technischen Anlagen und die Werkstätten untergebracht werden; die damit ein tretenden Verhältnisse würden den Betrieb am IFS völlig lahmlegen.

Es ergeben sich somit folgende Forderungen:

- der liebe Herr Seel sollte mal lernen, sich um universitäre Angelegenheiten zu kümmern; außerdem muß er dafür sorgen, daß Planung und Anlagen für das IFS sich nicht bis 1975 hinziehen;
- für das IFS ist es unmöglich, in die Baräcke II umzuziehen; die Studenten müssen sich bis Ende 70 damit abfinden, daß 30 Zimmer des Studentenwohnheims Overbergstraße vorerst noch durch das IFS belegt bleiben;
- der Herr Seel kümmert sich umgehend darum, daß dem IFS bis 1975 ein mehr als vollwertiger Ersatz für das Provisorium an der Overbergstraße zur Verfügung gestellt wird.

Gratipfechten-Plano Berlin 67

Wellauer's English Blend ist reich an tabak: syrische, türkische, cavendish, eine klassische englische Mischung

**ENGLISH BLEND**

**WELLAUER**

3.50 DM

ST. GALLEN - Deutsche Lizenz

**Kaufen Sie**

Tabak - Zeitungen  
Spirituosen  
Lebensmittel  
Brot + Backwaren

**Trinkhalle Kothhoff**  
(Mensaparkplatz)

Neu:  
**Busfahrkarten aller Art**

**TERMINE**

**SHB**

öffentliche Mitgliederversammlungen montags, 18 Uhr, Baracke 1, Zimmer 1

öffentliche Schulung, donnerstags, 18 Uhr, Baracke 1, Zimmer 1

**SPARTAKUS**

öffentliche Mitgliederversammlungen und Schulungen (alle 14 Tage abwechselnd) donnerstags, 18 Uhr, IA 5/88

**JUNGE GARDE**

Mitgliederversammlungen jeden Mittwoch, 18 Uhr, BSZ-Raum

**FHV**

Mitgliederversammlungen jeden Freitag, 17 Uhr, ASTA

# ÖTV an der Universität

Zur Information: Die Gewerkschaft ÖTV, Abteilung Ruhr-Universität, hat jetzt 510 Mitglieder. Damit hat sie ihren Organisationsstand innerhalb von drei Jahren von 7 Prozent auf nahezu 50 Prozent steigern können.

Die DAG hat an der RUB ca. 40 Mitglieder. Das entspricht dem Organisationsstand beider Organisationen auf Bundesebene: Die Gewerkschaft ÖTV hat 972 000, die DAG 90 000 (neunzigtausend) Mitglieder im öffentlichen Dienst.



# Zum Klassenkampf

„Sport ist eine der Stützen des Systems, weil es die Aggression der Massen da entläßt, wo sie politisch ungefährlich sind.“

trimmt euch durch sport, kommilitonen und kommilitonen, macht eure körper wieder fit, genosseninnen und genossen!!! - beim freiwilligensport der rub werden 20 verschiedene arten von körperertüchtigung angeboten. doch halt - bevor ihr eure körper stählt, überlegt euch, warum ihr das tun wollt. manchmal hat man den eindruck, als ob die aktion „trimm dich“ durch sport“ nicht vom dsb, sondern von sportartikelfabrikanten aufgezogen wird - schließlich muß man, bevor man trimmen kann, für eine leichtathletikausrüstung gute 200,- dm und für eine skiausrüstung mindestens 700,- dm auf den ladentisch des sporthändlers blättern; - und zu beginn 71 werden alle sportartikel schon wieder um ca. 10 pro-

zent teurer (natürlich erst nach dem großen weihnachtsgeschäft).

warum wollt ihr euch denn überhaupt fit halten?

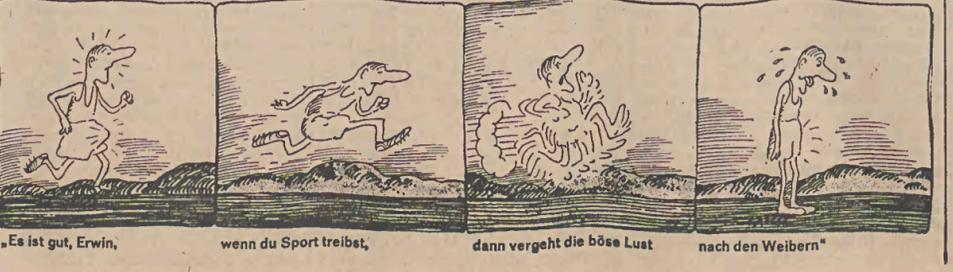
kurz gesagt: sport ermöglicht es dem einzelnen, seine agressionen auf friedliche art loszuwerden und nicht dort, wo es für das system gefährlich werden könnte, nämlich am arbeitsplatz.

und sport dient dazu, bei allen die notwendigkeit des leistungsprinzips wachzuhalten, was - wenn sich die konkurrenz des wettkampfs auf den arbeitsplatz überträgt - zu einem idiotischen, selbstzerstörerischen konkurrenzkampf unter den unterdrückten führt. fitness ist inzwischen ein wichtiger bestandsteil des kapitalistischen systems geworden.

ALSO KEINEN SPORT TREIBEN!!! - ??? HALT! - jeden tag lest ihr in den zeitung, daß irgendein 40jähriger politiker wegen überarbeitung den zweiten herznarkotikum gekriegt hat und für ein halbes jahr außer gefecht gesetzt ist.

liebe genosseninnen und genossen, wie wollt ihr gegen dieses system kämpfen, wenn ihr rein körperlich den kampff nicht aushaltet?

ihre sollt euch überlegen, ob ihr euch doch nicht überwindet und sport treibt. ihr haltet euch fit für den klassenkampf und könnt außerdem - wenn ihr in sportvereinen seit - die armen von sadistischen „trainern“ verführten jugendlichen davon überzeugen, daß es in unserer gesellschaft wichtigere probleme gibt, als möglichst nah an die leistungen von franzl beckenbauer oder kurt bendlin heranzugelangen.



„Es ist gut, Erwin, wenn du Sport treibst, dann vergeht die böse Lust nach den Weibern“

**B S Z**

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (R. Zimmermann-Eisel, H. Molderings, Robert Farle, M. Holzach, F. Blecher)  
Redaktion: Heinrich Jost, Rainer Bender, Peter Schöttler.  
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (RUB-Universität)  
Auflage: 6000 Exemplare  
Anzeigenleitung: Erich Eisel  
Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16  
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 2416.